

FINANZEN UND STEUERN

FACHSERIE

14

Reihe 4

Steuerhaushalt

4. Vierteljahr und Jahr 1986

Statistisches Bundesamt
Bibliothek - Dokumentation - Archiv



HERAUSGEBER: STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN

VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH STUTTGART UND MAINZ

Herausgeber:
Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
6200 Wiesbaden 1

Auslieferung:
Verlag W. Kohlhammer GmbH
Abt. Veröffentlichungen des Statistischen
Bundesamtes
Philipp-Reis-Str. 3
6500 Mainz 42

Erscheinungsfolge: vierteljährlich

Erschienen im Juli 1987

Preis: DM 4,80

Bestellnummer: 2140400 - 86724

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe
unter Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Inhalt

Seite

T e x t t e i l

1	Allgemeine Hinweise zur Statistik	5
2	Methodische Erläuterungen zur Statistik	6
3	Wichtige Änderungen des Steuerrechts und der Steuerverteilung 1986	11
4	Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1986	19
5	Bemerkungen zu den Ergebnissen	26

T a b e l l e n t e i l

Ergebnisse für das 4. Vierteljahr 1986

1	Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1986	
1.1	Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung	29
1.2	Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung	30
1.3	Nach Ländern	31
1.4	Nach Steuerarten und Ländern	32
2	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1986	
2.1	Nach Steuerarten und Ländern	36
2.2	Nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern	38
2.3	Nach Körperschaftsgruppen und Ländern	41

Ergebnisse für das Kalenderjahr 1986

3	Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1986	
3.1	Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung	43
3.2	Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung	44
3.3	Nach Ländern	45
3.4	Nach Steuerarten und Ländern	46
4	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1986 nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern	50
5	Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1986 nach Ländern bzw. Steuerarten	53
6	Ausgewählte Zeitreihen	
6.1	Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote 1982 bis 1986	54

	Seite
6.2 Entwicklung ausgewählter Steuerarten in den einzelnen Vierteljahren 1986.....	54
6.3 Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge 1977 bis 1986	55
6.4 Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG 1977 bis 1986	55
6.5 Investitionszulagen 1977 bis 1986	55

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der
letzten besetzten Stelle, jedoch mehr
als nichts.
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage
nicht sinnvoll

Abkürzungen

Mill.	= Million	Gv.	= Gemeindeverbände
Mrd.	= Milliarde	GG	= Grundgesetz
BGBI.	= Bundesgesetzblatt	i.d.F.	= in der Fassung
AfA	= Absetzung für Abnutzung	i.d.R.	= in der Regel
AO	= Abgabenordnung	dt	= Dezitonne (100 kg)
EG	= Europäische Gemeinschaften	l	= Liter
EGKS	= Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	hl	= Hektoliter
EFTA	= European Free Trade Association (Europäische Freihandelszone)	vT	= vom Tausend
EStG	= Einkommensteuergesetz	vH	= vom Hundert
		StMZ	= Steuermaßzahl

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

1 Allgemeine Hinweise zur Statistik

1.1 Bund und Länder

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 1 des Gesetzes über die Finanzstatistik i.d.F. der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673).

Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung und Berichterstattung

Kreis der Befragten

Oberfinanzdirektionen bzw. Finanzministerien der Länder - Bundesministerium der Finanzen - Statistisches Bundesamt

Veröffentlichungen

Bundesanzeiger	} monatlich
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung	
Dokumentation des Bundesministeriums der Finanzen	

Statistisches Bundesamt:

Wochendienst	= wöchentlich
Wirtschaft und Statistik	= monatlich
Fachserie 14, Reihe 4	= vierteljährlich,

Statistische Landesämter

Statistische Berichte L II/1 = monatlich,
vierteljährlich

1.2 Gemeinden/Gemeindeverbände

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 2 des Gesetzes über die Finanzstatistik i.d.F. der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673).

Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

Periodizität

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung

Kreis der Befragten

Gemeinden/Kreisverwaltungen - Statistische Landesämter - Statistisches Bundesamt

Veröffentlichungen

Statistisches Bundesamt:	
Wochendienst	= wöchentlich
Wirtschaft und Statistik	} vierteljährlich,
Fachserie 14, Reihe 4	

Statistische Landesämter:

Statistische Berichte L II/2 = vierteljährlich

2.1 Kassenmäßige Steuereinnahmen

Kassenmäßige Steuereinnahmen sind die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen der Gebietskörperschaften fließenden Beträge, gleichgültig für welches Jahr sie geleistet wurden oder wann die Steuerschuld entstanden ist. Ohne Rücksicht auf periodengerechte Erfassung sind im Istaufkommen eines bestimmten Berichtszeitraums also Vorauszahlungen, Abschlußzahlungen und Nachzahlungen, Säumniszuschläge usw. enthalten, und zwar ggf. um Erstattungen gemindert. Auf die einzelnen Begriffe wird im Abschnitt 2.2 eingegangen, auf das Verhältnis zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung im Abschnitt 2.3.

Die Abgrenzung der in der vorliegenden Fachserienreihe vierteljährlich nachgewiesenen Steuereinnahmen gegenüber den Ergebnissen in Fachserie 14, Reihe 2 "Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft" ergibt sich aus 2.5 (Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken).

2.2 Steuerberechnung und Steuerentrichtung

Der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt/Zeitraum, in dem sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Vorgänge abspielen, an welche die Steuer anknüpft, und dem Zeitpunkt der Steuerentrichtung ist bei den einzelnen Steuern recht unterschiedlich. Er hängt einmal von der für die einzelne Steuer getroffenen gesetzlichen Regelung, zum andern von der Lage des Einzelfalls (z.B. Dauer der Veranlagungsarbeiten, Stundungsgewährung usw.) ab.

Für die Mehrzahl der Steuern ist der zeitliche Zusammenhang auch bei einem längeren Abrechnungszeitraum, wie er etwa bei Lohnsteuer und Umsatzsteuer (1 Jahr) gegeben ist, relativ eng (wegen der monatlichen Voranmeldung dieser Steuern siehe Abschnitt 4, der über Zahlungsweise und -termine der finanziell bedeutsamsten Steuern informiert). Erhebliche zeitliche Verzögerungen treten dagegen vor allem bei den Veranlagungssteuern vom Einkommen und Vermögen auf, deren erhebungstechnische Besonderheiten nachstehend skizziert werden.

Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung

- Veranlagungszeitraum

Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer:
1 Jahr.

Vermögensteuer: in der Regel 3 Kalenderjahre; letzte Veranlagung zum 1. Januar 1986 für die Jahre 1986 bis 1988 - sog. Hauptveranlagung; wobei für Steuerpflichtige mit inländischem Betriebsvermögen für 1984 und 1985 von Amts wegen eine Neubewertung durchgeführt wurde (Steu-
erentlastungsgesetz 1984). Eine zwischen 2 Hauptveranlagungszeitpunkten liegende "Neuveranlagung" oder "Nachveranlagung" findet im übrigen nur unter bestimmten, im Vermögensteuergesetz näher definierten Voraussetzungen statt.

Je nach Steuerart beansprucht die Veranlagung - unter Berücksichtigung der Abgabetermine für die Steuererklärung - 8 bis 18 Monate (Vermögensteuer 1 bis 2 Jahre); nach Lage des Einzelfalls wird die Steuerschuld unter Umständen aber auch erst erheblich später festgestellt.

Wegen der Festsetzung der Steuermeßbeträge bei den Realsteuern, zu denen die Gewerbesteuer gehört, siehe Abschnitt 4.14 und 4.15.

- Vorauszahlungen/Teilzahlungen

Der Steuerpflichtige hat vierteljährliche Zahlungen auf die Steuerschuld des Veranlagungszeitraums (Einkommen- und Körperschaftsteuer), des Erhebungszeitraums (Gewerbesteuer) bzw. auf die Jahressteuerschuld (Vermögensteuer) zu entrichten. Sie belaufen sich in der Regel auf ein Viertel der Steuer, die sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat¹⁾ - bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Anrechnung der Steuerabzugsbeträge (Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer²⁾).

- 1) Bei der Vermögensteuer sind die in Höhe von einem Viertel der Jahressteuer geleisteten "endgültigen" Teilzahlungen von den Vorauszahlungen auf die noch nicht bekanntgegebene Jahressteuer zu unterscheiden. Die Zahlungsweise ist dieselbe.
- 2) Die anrechenbare Körperschaftsteuer rechnet zu den Einkünften aus Kapitalvermögen.

- Vorauszahlungsanpassungen

Das Finanzamt bzw. die Gemeinde kann die Vorauszahlungen an die Steuer anpassen, die sich für den Veranlagungszeitraum (Gewerbsteuer: Erhebungszeitraum, Vermögensteuer: Kalenderjahr) voraussichtlich ergeben wird. Die Anpassung kann noch bis zum Ablauf des auf den Veranlagungszeitraum folgenden Kalenderjahres (Einkommen- und Körperschaftsteuer) bzw. in dem auf den Erhebungszeitraum folgenden Erhebungszeitraum (Gewerbsteuer) vorgenommen werden. Bei nachträglichen Vorauszahlungserhöhungen ist der Erhöhungsbetrag/nachgeforderte Betrag innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Vorauszahlungsbescheids zu entrichten.

Für Zwecke der Gewerbesteuervorauszahlungen kann das Finanzamt den sich voraussichtlich für den laufenden oder vorangegangenen Erhebungszeitraum ergebenden einheitlichen Steuermaßbetrag festsetzen.

- Abschlußzahlungen

Auf die im Veranlagungsverfahren festgesetzte Steuer werden angerechnet

die für den betreffenden Veranlagungs-/Erhebungszeitraum (Vermögensteuer: das Kalenderjahr) entrichteten Vorauszahlungen; bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Maßgabe des § 36 EStG ferner die durch Steuerabzug erhobene Steuer (soweit sie auf die bei der Veranlagung erfaßten Einkünfte entfällt) und die anrechenbare Körperschaftsteuer.

Ist die Steuerschuld größer als die Vorauszahlungen/Abzugsbeträge, so ist der Differenzbetrag - sogenannte Abschlußzahlung (Vermögensteuer: Nachzahlung) - kurzfristig an das Finanzamt/die Gemeinde zu entrichten. Ist sie kleiner, so erfolgt Rückzahlung an den Steuerpflichtigen.

Eine Rückzahlung oder Gutschrift kann die Folge überhöhter Vorauszahlungen (Vorauszahlungsanpassungen) und/oder geminderter Besteuerungsgrundlagen (z.B. rückläufiger Gewinne) sein. Bei der veranlagten Einkommensteuer kommt es in den Fällen, in denen Arbeitnehmer (Lohnsteuerpflichtige) wegen Inanspruchnahme des § 7 b EStG oder nach § 46 EStG zur Einkommensteuer veranlagt werden, häufig zu

Erstattungen. Die Erstattungen, die das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer schmälern, tragen weitgehend den Charakter eines Lohnsteuerjahresausgleichs für Veranlagte. (Wegen des Lohnsteuerjahresausgleichs siehe Abschnitt 4.1).

Steuernachforderungen/-rückerstattungen

Sie sind u.a. bedingt durch

Betriebsprüfungen, die eine Neufestsetzung der Steuer erforderlich machen, richterliche Entscheidungen über Bestehen/Höhe der Steuerschuld, Stundung/Zahlungsaufschub.

Nachsteuer

Erhebung bei Steuertarifierhöhungen der Verbrauchsteuern für bereits versteuerte Erzeugnisse in Höhe der Differenz zwischen altem und neuem Steuersatz zur Verhinderung von Steuervorteilen durch Vorratskäufe bei entsprechenden Lagerkapazitäten; Zahlungstermin in der Regel kurzfristig.

Aus dem Steueraufkommen geleistete Zulagen

Hierzu zählen z.B.

Arbeitnehmer-Sparzulagen nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz,
Arbeitnehmerzulagen nach dem Berlinförderungsgesetz (BerlinFG),
Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz,
Zulagen gemäß § 19 BerlinFG.

2.3 Steueraufkommen und Steuerverteilung nach Art der Gebietskörperschaften

Gesetzliche Grundlage

Grundlage für die Zuordnung der Steuern zu den verschiedenen Arten von Gebietskörperschaften und für ihre endgültige Verteilung bilden Art. 106 und 107 GG i.d.F. des Finanzreformgesetzes (21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1969, BGBl. I S. 359) in Verbindung mit dem

- Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. August 1969,

BGBI. I S. 1432, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.1985, BGBI. I S. 2354,

- Gemeindefinanzreformgesetz in der Neufassung vom 28. Januar 1985, BGBI. I S. 201 (nebst Verordnungen über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer),
- Zerlegungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 1971, BGBI. I S. 145, zuletzt geändert durch Art. 12 des Steuerbereinigungsgesetzes 1985 vom 14. Dezember 1984, BGBI. I S. 1493.

Verteilungsmodus

Es stehen zu (Steuereinnahmen vor der Steuerverteilung)

dem Bund:

das Aufkommen der in Tabelle 1.4 bzw. 3.4 unter lfd. Nr. 9 bis 24 aufgeführten Steuern (Bundessteuern),

den Ländern:

das Aufkommen der in Tabelle 1.4 bzw. 3.4 unter lfd. Nr. 26 bis 37 aufgeführten Steuern (Landessteuern),

Bund und Ländern gemeinsam:

das Aufkommen der in Tabelle 1.4 bzw. 3.4 unter lfd. Nr. 2 bis 7 aufgeführten Steuern (Gemeinschaftsteuern),

den Gemeinden:

das Aufkommen der in Tabelle 1.4 bzw. 3.4 unter lfd. Nr. 39 bis 41 aufgeführten Steuern (Gemeindesteuern).

Bestehen in einem Land keine Gemeinden, so steht das Aufkommen der Gemeindesteuern dem Land zu.

Es verbleiben/fließen zu (Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung)

den EG:

ab 1975: gesamtes Zollaufkommen der Bundesrepublik Deutschland (mit Ausnahme geringer EGKS-Zölle) und Teile des Umsatzsteueraufkommens³⁾.

- 3) Von 1975 - 1979 führte die Bundesrepublik Deutschland den EG die ihnen zustehenden eigenen Einnahmen (außer Agrarabschöpfungen und Zöllen) aufgrund einer Übergangsregelung (BSP-Schlüssel) zu; von 1980 bis 1985 würden die Umsatzsteuerzahlungen an die EG nach Maßgabe eines bestimmten Prozentsatzes (höchstens 1 vH) - der auf EG-Ebene vereinbarten - "gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer" geleistet; mit dem Inkrafttreten des Beitritts von Spanien und Portugal zur EG am 1.1.1986 wurde auch der Finanzrahmen der Gemeinschaft angehoben: der Höchstsatz der Mehrwertsteuer-Eigenmittel wurde von 1 auf 1,4 vH der Bemessungsgrundlage erhöht.

dem Bund:

die Bundessteuern (ohne Zölle),

42,5 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,

50 vH der Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer,

65 vH der Steuern vom Umsatz (abzüglich EG-Umsatzsteueranteil, abzüglich Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder),

50 vH der Gewerbesteuerumlage,

den Ländern:

die Landessteuern,

42,5 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,

50 vH der Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer,

35 vH der Umsatzsteuern (zuzüglich Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder vom Bund),

50 vH der Gewerbesteuerumlage,

den Gemeinden:

die Grundsteuern,

die Gewerbesteuer (abzüglich der Gewerbesteuerumlage),

15 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (Gemeindeanteil),

die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern⁴⁾.

Wegen der bisher bei den Gemeinden noch nachgewiesenen Anteile an der Grunderwerbsteuer siehe Pkt. 2.5 (Nachweis der Grunderwerbsteuer ab 1983).

Aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und kommunalen Bereichs für Hamburg und Berlin (West) - für Bremen ergibt sich die Trennung aus dem Status der beiden selbständigen Gemeinden Bremen und Bremerhaven - in der vorliegenden Statistik folgt:

Die Steuerüberweisungen zwischen beiden Bereichen werden brutto nachgewiesen. In den "Steuereinnahmen der Länder" sind die dem staatlichen Bereich, in den "Steuereinnahmen der Gemeinden" die dem gemeindlichen Bereich zugeordneten Steuern/Steuerüberweisungen der Stadtstaaten enthalten.

- 4) Das sind insbesondere Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischerei-, Gemeindegetränke-, Kino-, übrige Vergnügung-, Hundesteuer

Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung

Die Steuereinnahmen vor und nach der Verteilung decken sich nicht, sondern differieren in den einzelnen Berichtszeiträumen um sehr unterschiedliche Beträge. Die Ursache hierfür liegt darin, daß der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, soweit er eine Ausgabe des staatlichen Bereichs zugunsten der Gemeinden darstellt, mit Ablauf des jeweiligen Berichtszeitraums in Höhe von 15 vH des Einkommensteueraufkommens feststeht und in dieser Höhe die Einnahmen des Bundes und der Länder nach der Verteilung im gleichen Berichtszeitraum mindert. Den Gemeinden fließen dagegen die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einer zeitlichen Verzögerung von jeweils einem Vierteljahr zu; sie erhalten darüber hinaus im 4. Quartal eine zweite Vierteljahreszahlung, während im 1. Quartal des neuen Jahres nur Restbeträge auf die sog. Schlußabrechnung anfallen (siehe auch 4.16 und 4.17).

Für die von den Gemeinden abzuführende Gewerbesteuerumlage gilt derselbe Zahlungsrhythmus wie für den Gemeindeanteil; da Bund und Länder die Gewerbesteuerumlage jedoch zu den gleichen Terminen einnehmen, zu denen die Gemeinden sie abführen, ergibt sich zwischen staatlichem und gemeindlichem Bereich hier keine zeitliche Überschneidung.

Von dem skizzierten Darstellungsmodus weichen einige Länder ab: Hamburg, Bremen, Berlin (West) und Rheinland-Pfalz weisen den von den Gemeinden vereinnahmten Anteil an der Einkommensteuer ohne zeitliche Differenz nach, d.h. jeweils in Höhe von 15 vH der im gleichen Zeitraum aufgetretenen Lohn-/veranlagten Einkommensteuer. Ohne Verzug gegenüber dem ihrer Berechnung zugrundeliegenden Gewerbesteueraufkommen nach Ertrag und Kapital wird ferner die Gewerbesteuerumlage von Bremen in Einnahme und Ausgabe und von Rheinland-Pfalz in Ausgabe (gemeindlicher Bereich) gemeldet.

2.4 Regionaler Verteilungsmodus

Einkommen- und Körperschaftsteuer

Für ihre Verteilung auf die einzelnen Bundesländer gilt grundsätzlich das Prinzip des örtlichen Aufkommens, modifiziert durch die

Bestimmungen des Zerlegungsgesetzes aaO., das die aus der Wirtschaftskonzentration resultierenden Verzerrungen durch einen Zahlungsausgleich zwischen den Ländern mildert. Diese Verzerrungen entstehen vor allem dadurch, daß die Körperschaftsteuer von Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten dem Land zufließt, in dem die Geschäftsleitung des Unternehmens ihren Sitz hat und ferner dadurch, daß die Lohnsteuer - wegen eines vom Wohnort abweichenden Beschäftigungsorts oder infolge des zentralen Abrechnungsverfahrens - vielfach nicht dem Land zufließt, in dem die Arbeitnehmer wohnen.

Steuern vom Umsatz

Die regionale Verteilung der Länderanteile erfolgt nach einem in § 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern festgelegten Schlüssel, der sowohl das Verhältnis der Einwohnerzahl in allen Ländern berücksichtigt als auch eine Mindestausstattung der steuerschwächeren Länder mit Steuereinnahmen vorsieht; die beiden Komponenten der Umsatzsteuer, nämlich Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer, sind nach der Steuerverteilung nicht mehr erkennbar.

Gegen Einzelregelungen des Länderfinanzausgleichsgesetzes hatten 6 Bundesländer Klage erhoben. Das Bundesverfassungsgericht hat am 24.6.1986 seine Entscheidung zu diesem Normenkontrollverfahren verkündet. Das Urteil gibt dem Bundesgesetzgeber auf, den Finanzausgleich bis spätestens 1.1.1988 neu zu regeln.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Gesamtheit der Gemeinden eines Landes stehen 15 vH der im Land unter Berücksichtigung der Zerlegung aufgetretenen Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer zu. Der Anteil jeder einzelnen Gemeinde bestimmt sich nach ihrem Anteil an der Summe der im Rahmen der Bundesstatistiken über die Lohnsteuer und die veranlagte Einkommensteuer ermittelten Einkommensteuerbeträge, die auf zu versteuernde Einkommensbeträge bis zu 32 000, bei Zusammenveranlagung bis zu 64 000 DM entfallen.

Gewerbesteuerumlage

Sie wird für jede Gemeinde nach der Formel

$$\frac{\text{Istaufkommen der Gewerbesteuer} \times 52}{\text{Hebesatz}}$$

für das Kalenderjahr ermittelt.

2.5 Verschiedenes

Jahresnachweis

Das Jahresergebnis wird ab Berichtsjahr 1981 durch Addition der vier Vierteljahre gebildet. Dabei bleiben Änderungen unberücksichtigt, die sich durch nachträgliche Berichtigungen ergeben können.

Nachweis der Grunderwerbsteuer ab 1983

Nach Einführung des neuen Grunderwerbsteuerrechts zum 1. Januar 1983 behandeln die Länder den Teil des Grunderwerbsteueraufkommens, den sie ihren Kommunen überlassen, haushaltssystematisch unterschiedlich: Einige Länder verbuchen das Grunderwerbsteueraufkommen - mit Ausnahme von Abwicklungsbeträgen nach dem alten Recht (Zuschlag zur Grunderwerbsteuer) - voll als Landessteuer und überlassen ihren Gemeinden Teile davon als Zuweisungen, die in der vorliegenden Darstellung unberücksichtigt bleiben. Zu dieser Ländergruppe gehören Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen (ab 1984), Baden-Württemberg und Bayern. Andere Länder verbuchen nur den ihnen effektiv verbleibenden Teil als Landessteuer; den kommunalen Anteil verbuchen die Gemeinden/Gv. als originäre Steuereinnahmen. Zu diesen Ländern zählen Nordrhein-Westfalen, Saarland und Bremen. Eine Sonderstellung nehmen Hamburg und Berlin (West) (100 % Landesanteil) sowie Rheinland-Pfalz (100 % Kommunalanteil) ein. Aus den dargelegten Gründen ist der Einzelvergleich der staatlichen und kommunalen Anteile je für sich genommen gestört, es empfiehlt sich daher, nur das Grunderwerbsteueraufkommen insgesamt (staatliche und kommunale Anteile zusammengefaßt) zu Vergleichszwecken heranzuziehen.

Bei der Steuerverteilung unberücksichtigte Beträge

Nicht in den vorliegenden Nachweis der Steuerverteilung zwischen den Gebietskörperschaften aufgenommen wurden die vom Bund an finanzschwache Länder in Höhe von 1,5 vH des Umsatzsteueraufkommens geleisteten Ergänzungszuweisungen in Höhe von 1986: 1 667 Mill. DM bzw. 4. Vj. 1986: 440 Mill. DM (1985: 1 647 Mill. DM bzw. 4 Vj 1985: 435 Mill. DM). Ebenfalls unberücksichtigt blieb die teilweise oder völlige Überlassung von Steuererträgen seitens der Länder an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken

Zwischen den Nachweisungen der Steuereinnahmen (nach der Steuerverteilung) in den Fachserien 14, Reihe 4 (Steuerhaushalt) und Reihe 2 (Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft) bestehen - bedingt durch den z.T. unterschiedlichen Aufbau und Berichtsweg bei der Statistiken - Differenzen, deren wichtigste nachstehend erläutert werden:

- EG-Anteile

Die in Fachserie 14, Reihe 4 eine besondere Ebene bildenden Einnahmen sind in den Ergebnissen der Fachserie 14, Reihe 2 nicht enthalten.

- Länderanteile an den Steuern vom Umsatz

Der Fachserie 14, Reihe 4 liegen die monatlichen Meldungen des Bundesministeriums der Finanzen zugrunde (siehe unter 2.4 "Steuern vom Umsatz"), die sich nicht auf das Haushaltsjahr, sondern auf das sog. Ausgleichsjahr beziehen, während die Fachserie 14, Reihe 2 die kassenmäßigen Ist-Ergebnisse der einzelnen Länder im Berichtsvierteljahr nach Abrechnung der Ansprüche des Landes aus der Umsatzsteuer und der Forderungen oder Verbindlichkeiten des Landes gem. Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern enthält.

- Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern der Stadtstaaten, in Fachserie 14, Reihe 4 im gemeindlichen Bereich einzeln aufgeführt, sind in Fachserie 14, Reihe 2 dem Bereich "Staat" zugeordnet und werden nur in einer Summe ausgewiesen.

- Steueranteile

Abweichungen in der Darstellung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage bei den Stadtstaaten erklären sich aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und gemeindlichen Bereichs in Fachserie 14, Reihe 4 (siehe unter 2.3 "Verteilungsmodus").

- Weitere Differenzen erklären sich aus zeitlichen Überschneidungen bei der Abrechnung mit dem Bund bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

3 Wichtige Änderungen des Steuerrechts und der Steuerverteilung 1985 (Nachtrag) und 1986

(ohne Änderungen, die nach dem 31.12.1986 in Kraft treten)

3.1 Rückwirkend zum 1.1.1985 ist das Gesetz zur Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude und für moderne Heizungs- und Warmwasseranlagen vom 19.12.1985 (BGBl. I S. 2434) in Kraft getreten. Es sieht Verbesserungen der Abschreibungsbedingungen für Investitionen in neue Wirtschaftsgebäude vor. Die Verbesserungen gelten für alle Gebäude, soweit sie zu einem Betriebsvermögen gehören und nicht Wohnzwecken dienen (Wirtschaftsgebäude) und für die der Antrag auf Baugenehmigung nach dem 31.3.1985 gestellt worden ist. Für diese Gebäude wird der Abschreibungszeitraum von 50 auf 25 Jahre verkürzt, so daß die linearen Absetzungen für Abnutzung (AfA) grundsätzlich jährlich 4 % statt bisher 2 % der Herstellungs- oder Anschaffungskosten des Gebäudes betragen. Für Wirtschaftsgebäude, für die der Antrag auf Baugenehmigung nach dem 31.3.1985 gestellt worden ist, wird gleichzeitig die Möglichkeit der Inanspruchnahme von degressiven Abschreibungen verbessert. Die AfA-Staffel wird auf den Abschreibungszeitraum von 25 Jahren umgestellt, und die Abschreibungssätze werden insbesondere in den Anfangsjahren stark angehoben:

Bisherige degressive AfA für Wirtschaftsgebäude	Neu eingeführte
1.- 8. Jahr: 5 %	1.- 4. Jahr: 10 %
9.-14. Jahr: 2,5 %	5.- 7. Jahr: 5 %
15.-50. Jahr: 1,25 %	8.-25. Jahr: 2,5 %

Die verbesserten Abschreibungen gelten nur für neue Wirtschaftsgebäude.

Im Zusammenhang mit der Verbesserung der allgemeinen Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude sind zugunsten des Präferenzvorsprungs des Zonenrandgebiets und Berlins Anpassungen im Zonenrandförderungsgesetz und im Berlinförderungsgesetz vorgenommen worden.

Der nach § 3 Abs. 2 Zonenrandförderungsgesetz zulässige Abschreibungssatz ist bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern von bisher 40 auf 50 % angehoben worden. Damit dürfen jetzt im Zonenrandgebiet bei be-

weglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens insgesamt Sonderabschreibungen in Höhe von 50 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen werden.

Der nach § 19 Abs. 1 Berlinförderungs-gesetz bisher geltende Investitionszulagen-satz ist bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern sowie bei Ausbauten, Erweiterungen und anderen nachträglichen Herstellungsarbeiten von 15 auf 20 %, im Bereich der Forschung und Entwicklung von 20 auf 25 % der Herstellungskosten angehoben worden.

Außerdem werden Steuererleichterungen für den Einbau von neuen Heizungs- und Warmwasseranlagen gewährt. Durch die Änderung der Ermächtigung in § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. q EStG (entsprechend § 82 a EStDV) können erhöhte Absetzungen von 10 % jährlich in einem Zeitraum von 10 Jahren in folgenden Fällen in Anspruch genommen werden: Bei

- Einbau einer zentralen Heizungsanlage,
- Einbau eines Heizkessels, eines Brenners, einer zentralen Steuerungseinrichtung,
- Einbau einer neuen Wärmeabgabevorrichtung wie z.B. Radiatoren, Ergänzung einer Fußbodenheizung,
- Änderung der Abgasanlage (Kamin) einer zentralen Heizungsanlage,
- Kauf von Einzelöfen, wenn keine Zentralheizung vorhanden ist,
- Einbau einer Warmwasseranlage zur Versorgung von mehr als einer Zapfstelle.

Begünstigt sind Anlagen in einem im Inland gelegenen Gebäude oder in einer im Inland gelegenen Eigentumswohnung, wenn mit dem Einbau nicht vor Ablauf von 10 Jahren seit Fertigstellung dieses Gebäudes begonnen worden ist und der Einbau nach dem 30.6.1985 und vor dem 1.1.1992 fertiggestellt worden ist. Unter die Begünstigung fallen nicht nur Wohnbauten, sondern auch Industriebauten und landwirtschaftlich genutzte Gebäude.

3.2 Zweite Verordnung zur Änderung von Vorschriften über außertarifliche Eingangsabgabenbefreiungen vom 27.8.1985 (BGBl. I S. 1873)

Durch Richtlinien des EG-Rates veranlaßt sind zum 1.10.1985 die allgemeine Steuerfreigrenze für den innergemeinschaftlichen Reiseverkehr von 620 auf 780 DM, die Steuerfreigrenze für Kleinsendungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaften von 175 auf 225 DM sowie die eingangsabgabenfreie Treibstoffmenge für Omnibusse von 200 auf 600 Liter erhöht worden.

3.3 Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie (Steuersenkungsgesetz 1986/88) vom 26.6.1985 (BGBl. I S. 1153)

Das "Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie" wird die Steuerzahler in zwei Stufen 1986 und 1988 um 19,4 Mrd. DM bei der Einkommen- und Lohnsteuer entlasten. Durch eine Änderung des Bundeskindergeldgesetzes¹⁾ wird gleichzeitig ein Zuschlag zum Kindergeld von bis zu 46 DM monatlich den Eltern gewährt, die wegen ihres geringen Einkommens den steuerlichen Kinderfreibetrag nicht oder nicht voll nutzen können; die jährlichen Mehrausgaben dafür belaufen sich auf rd. 650 Mio DM, die der Bund allein zu tragen hat.

In der 1. Stufe 1986 werden vor allem die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen mit insgesamt rd. 10,9 Mrd. DM vorrangig entlastet. Dazu werden

- die Kinderfreibeträge von 432 DM auf 2 484 DM erhöht,
- die Grundfreibeträge um 324/648 DM auf 4 536/9 072 DM für Alleinstehende bzw. Verheiratete erhöht,
- die vorgesehenen Verbesserungen (Absenkung der Grenzsteuersatzkurve über den gesamten Einkommensbereich der Progressionszone) im Steuertarif in ihrem ersten Teil in Kraft treten.

Die Verbesserung des steuerlichen Familienlastenausgleichs bringt in dieser

1) 11. Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes vom 27.6.1985 (BGBl. I S. 1251).

1. Stufe eine Entlastung von 5,2 Mrd. DM. Die Abflachung der Steuerprogression in der Stufe 1986 führt zu einer Steuererleichterung von 3,6 Mrd. DM. Die Anhebung des Grundfreibetrags bedeutet für den Staat einen Einnahmeausfall von 2,1 Mrd. DM.

Im einzelnen werden zur Verbesserung des steuerlichen Familienlastenausgleichs ab 1986 angehoben

- der Kinderfreibetrag von 432 DM auf 2 484 DM (aus Gründen der Steuervereinfachung unter Einbeziehung der kindbedingten Erhöhungsbeträge bei Sonderausgabenabzug von Vorsorgeaufwendungen, der sog. Kinderadditive, die bisher mit höchstens 900 DM angerechnet wurden),
- der Höchstbetrag für den Abzug von Unterhaltsleistungen für bedürftige volljährige Angehörige, für die ein Kinderfreibetrag nicht in Betracht kommt, von 3 600 DM auf 4 500 DM,
- der Haushaltsfreibetrag für Alleinstehende, zu deren Haushalt mindestens ein Kind gehört, von 4 212 auf 4 536 DM,
- die Ausbildungsfreibeträge - und zwar für Kinder über 18 Jahre, die im Haushalt des Steuerpflichtigen untergebracht sind, von 1 200 DM auf 1 800 DM, bei auswärtiger Unterbringung von 2 100 DM auf 3 000 DM sowie bei Kindern unter 18 Jahren bei auswärtiger Unterbringung von 900 DM auf 1 200 DM.

Außerdem wird die Kinderbetreuungskostenregelung, wie sie für Alleinstehende gilt, auf Fälle einer Behinderung oder einer länger dauernden Krankheit eines oder beider Ehegatten erweitert.

Ebenfalls zum 1.1.1986 wird die Grenze für das Realsplitting (Unterhaltsleistungen an den Ehegatten nach Trennung) von 9 000 DM auf 18 000 DM verdoppelt.

Bei der Berechnung der Kirchensteuer ist für jedes Kind ein einheitlicher Abzugsbetrag von der Lohn- und Einkommensteuerschuld in Höhe von 600 DM vorgesehen. Bisher sah § 51 a EStG gestaffelte Abzugsbeträge von 600 DM für das erste Kind, 960 DM für das zweite Kind und 1 800 DM für jedes weitere Kind vor. Für die Steuerzahler wird durch die Neuregelung eine Entlastung von der Kirchensteuer in der

ersten Stufe 1986 von 500 Mio DM wirksam. Die Entlastung bei der Kirchensteuer ergibt sich aus der Entlastung bei der Einkommensteuer, weil sich die Kirchensteuer nach der Einkommensteuer bemisst.

3.4 Steuerbereinigungsgesetz 1986 vom 19.12.1985 (BGBl. I S. 2436)

3.4.1 Die hauptsächlichen Änderungen der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur AO (Artikel 1 und 3)

- Gemeinnützigkeit

Auf dem Gebiet der Gemeinnützigkeit sind zwei besonders wichtige und vor-
dringliche Maßnahmen geregelt worden.

Durch eine Ergänzung des § 58 AO, in dem die gemeinnützigkeitsunschädlichen Betätigungen aufgezählt werden, können künftig gemeinnützige Körperschaften 25 % der Überschüsse aus Vermögensverwaltung einer zweckfreien Rücklage zu-
führen. Dadurch wird sichergestellt, daß die Leistungsfähigkeit der Körperschaften auf Dauer erhalten bleibt.

Die zweite Maßnahme betrifft ein Problem des Sports. Nach geltendem Recht verlieren Sportvereine, die neben dem unbezahlten auch den bezahlten Sport fördern, insgesamt die Gemeinnützigkeit und die mit ihr verbundenen Steuerergünstigungen. Durch eine neue Regelung in § 67 a AO bleibt die Gemeinnützigkeit des Sportvereins künftig unberührt, sofern die Veranstaltungen des bezahlten Sports sich selbst tragen. Die neue Regelung erspart es den Vereinen, im Interesse der Erhaltung der Gemeinnützigkeit des unbezahlten Sports für den Bereich des bezahlten Sports und damit des Leistungs- und Spitzensports Gestaltungsformen zu wählen und Strukturveränderungen in Kauf zu nehmen, die vom Sport selbst nicht gewünscht werden. Die gemeinnützigen Sportvereine können also auch künftig den Breiten- wie den Spitzensport unter einem Dach fördern.

- Kontrollmitteilungspflichten

Die Datenschutzbeauftragten haben wiederholt gefordert, die Kontrollmitteilungspflichten von Behörden

gegenüber den Finanzbehörden auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Nach dem neuen § 93 a AO sollen Behörden und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten den Finanzämtern aufgrund einer noch zu erlassenden Verordnung mitteilen können, daß ein Steuerpflichtiger Zahlungen erhalten hat, die möglicherweise zur Steuerpflicht führen.

3.4.2 EG-Amtshilfe-Gesetz (Artikel 2)

Durch das EG-Amtshilfe-Gesetz wird die EG-Amtshilfe-Richtlinie vom 19.12.1977 in der Fassung der Richtlinie vom 6.12.1979 in innerstaatliches deutsches Recht umgesetzt. Das Gesetz regelt im einzelnen, auf welche Weise sich die deutsche Finanzverwaltung und die Finanzverwaltungen der anderen EG-Staaten Amtshilfe durch Austausch von Auskünften bei der Festsetzung der direkten Steuern sowie der Umsatzsteuer leisten, und legt die Grenzen dieser Amtshilfe fest.

3.4.3 Die hauptsächlichen Änderungen des Einkommensteuergesetzes und der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (Artikel 7 und 8)

- Im Ausland wohnhafte Angehörige des öffentlichen Dienstes (§ 1 Abs. 3 (neu) EStG)

Im Ausland wohnhafte Angehörige des öffentlichen Dienstes ohne diplomatischen oder konsularischen Status wurden bisher als beschränkt einkommensteuerpflichtig behandelt. Dies war unbefriedigend, weil deren Dienstbezüge bisher ausschließlich in der Bundesrepublik zu besteuern waren, wo beschränkt Einkommensteuerpflichtige keine familienbezogenen Vergünstigungen erhalten. Mit dem neuen Absatz 3 des § 1 EStG wird diese Gruppe unter bestimmten Voraussetzungen unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Arbeitnehmern gleichgestellt.

- Vorruhestandsgelder (§ 3 Nr. 9 EStG)

Durch die Streichung des Satzes 3 von § 3 Nr. 9 EStG bleiben Vorruhestandsgelder, die bisher steuerpflichtig waren, weil sie mindestens 65 % des früheren Arbeitslohnes betrug, unabhängig von dieser Grenze rückwirkend

ab 1985 im Rahmen der Freibeträge des § 3 Nr. 9 EStG steuerfrei.

- Kennzeichnungspflicht für Werbeträger (§4 Abs. 5 Nr. 1 EStG)

Nach den bisherigen Regelungen über den Betriebsausgabenabzug durften Geschenke an betriebsfremde Personen den Gewinn nur mindern, wenn das Geschenk dauerhaft und leicht erkennbar als sog. Werbeträger gekennzeichnet war und wenn die Kosten mit Blick auf den einzelnen Empfänger nicht mehr als 50 DM im Wirtschaftsjahr betrugen. Die Kennzeichnungspflicht hat zu zahlreichen Zweifelsfragen und damit auch zu Auseinandersetzungen zwischen den Unternehmen und der Betriebsprüfung geführt. Sie wurde daher gestrichen. Dies dient der Vereinfachung des Einkommensteuerrechts. Die Grenze von 50 DM gilt unverändert.

- Steuervergünstigungen für Land- und Forstwirte (§ 14 a EStG; §§ 76, 78 EStDV)

Die Geltungsdauer von § 14 a Abs. 1 bis 3 EStG (Veräußerung kleinerer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe) und von § 14 a Abs. 4 EStG (Veräußerung oder Entnahme von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken) ist um 6 Jahre bis zum 31.12.1991 verlängert worden.

Zudem sind im Rahmen des § 14 a EStG einige Verbesserungen beschlossen worden: In § 14 a Abs. 1 EStG wird der Veräußerungsfreibetrag von 60 000 auf 90 000 DM erhöht, der maßgebliche Wirtschaftswert von 30 000 auf 40 000 DM und die Begünstigungsgrenze für die außerlandwirtschaftlichen Einkünfte von 18 000/36 000 DM auf 24 000/48 000 DM angehoben. Durch die höhere Wirtschaftswertgrenze fallen zusätzlich gut 50 000 Betriebe unter die Begünstigung; mit der Anhebung der Grenze für die außerlandwirtschaftlichen Einkünfte wird erreicht, daß auch Nebenerwerbslandwirte und doppelverdienende Eheleute mehr als bisher begünstigt werden.

In § 14 a Abs. 4 EStG kann der Freibetrag für die Veräußerung/Entnahme ein-

zelner Grundstücke von 60 000 DM künftig je nach der Anzahl der weichen Erben mehrmals in Anspruch genommen werden.

Durch den neu gefaßten § 14 a Abs. 5 EStG wird für einen Zeitraum von 3 Jahren ein Freibetrag von bis zu 90 000 DM gewährt, wenn land- und forstwirtschaftliche Grundstücke veräußert werden, um mit dem Erlös alte Betriebsschulden zu tilgen.

Außerdem werden die nach §§ 76, 78 EStDV möglichen Abschreibungsvergünstigungen für Modernisierungsinvestitionen in der Land- und Forstwirtschaft um 6 Jahre bis zum Wirtschaftsjahr 1991/92 verlängert.

- Verankerung der sog. Gepräge-Grundsätze (§ 15 Abs. 3, § 52 Abs. 20 b EStG)

Die sog. Gepräge-Grundsätze sind jetzt gesetzlich verankert worden. Das Erfordernis dazu ergab sich aus einem Beschluß des Großen Senats des Bundesfinanzhofs im Juni 1984. Danach sollen abweichend von einer langjährigen Rechtsprechung und Verwaltungspraxis die Gesellschafter einer Personengesellschaft in der Rechtsform der GmbH & Co. KG auch dann keine Einkünfte aus Gewerbebetrieb erzielen, wenn die GmbH der KG das Gepräge gibt. Die neue gesetzliche Regelung verhindert, daß Steuerpflichtige aus der Änderung der Rechtsprechung einseitig Vorteile in Anspruch nehmen; insbesondere können Gesellschafter sog. Verlustzuweisungsgesellschaften die Steuervorteile aufgrund von Verlustzuweisungen nicht endgültig vereinnahmen. Sie müssen vielmehr wie bisher aufgrund der gewählten Rechtsform spätere Veräußerungs- und Aufgabegewinne versteuern. Zur Erreichung dieses Ziels mußte die gesetzliche Regelung mit einer gewissen Rückwirkung versehen werden. Die jetzt gefundene Regelung trägt laut gewordenen verfassungsrechtlichen Bedenken Rechnung. Sie berücksichtigt, daß im Einzelfall zwischen der Veröffentlichung des Beschlusses des Bundesfinanzhofs und dem Kabinettsbeschuß disponiert worden sein kann. In derartigen Fällen bleiben Gewinne bei der

Einkommensteuer unberücksichtigt. Eine vergleichbare Regelung gilt bei der Gewerbesteuer.

- Ausbildungsplatz-Abzugsbetrag (§ 24 b EStG)

Die Geltungsdauer des § 24 b EStG wurde bis zum 31.12.1990 verlängert. Nach dieser Vorschrift wird Steuerpflichtigen, die bis zu diesem Zeitpunkt finanzielle Hilfen aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 2 Abs. 1 APlFG erhalten und bei denen die finanziellen Hilfen zu den Betriebseinnahmen aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit gehören, ein Ausbildungsplatz-Abzugsbetrag in Höhe der finanziellen Hilfen gewährt. Dies gilt auch für Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln, die dazu bestimmt sind, zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen.

- Antragsfrist für den Lohnsteuer-Jahresausgleich (§ 42 Abs. 2 EStG)

Die Antragsfrist für den Lohnsteuer-Jahresausgleich wird um 1 1/4 Jahre auf 2 Jahre verlängert. Damit werden die Ausschlußfristen für die Anträge auf Lohnsteuer-Jahresausgleich und die Veranlagung von Arbeitnehmern vereinheitlicht. Die Änderung gilt erstmals für den Lohnsteuer-Jahresausgleich 1986.

- Haftung des Entleihers (§ 42 d EStG)

Mit der Haftung des Entleihers wird erreicht, daß der Entleiher für die Lohnsteuer der bei ihm ab 1.1.1986 tätigen Leiharbeitnehmer in Anspruch genommen werden kann. Ausnahmen sind insbesondere für die erlaubte Arbeitnehmerüberlassung vorgesehen.

- Einkünfte beschränkt Steuerpflichtiger (§§ 49 und 50 a EStG)

Mit der Ergänzung der §§ 49 und 50 a EStG werden künftig im Ausland ansässige Berufssportler und Künstler mit ihren inländischen Einkünften ebenso zur Einkommensteuer herangezogen wie es ausländischen Künstlern möglich gemacht wird, deutsche Einkommensteuer dadurch zu vermeiden, daß sie ihre Tätigkeit von ausländischen Kapitalgesellschaften im Inland vermarkten lassen.

- Ausweitung der Lifo-Methode (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. z EStG; § 74 a EStDV) auf Rhodium und Kupfer.

- Sonderabschreibungen für Handelsschiffe (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. w EStG; § 82 f EStDV)

Die Sonderabschreibungen für Handelsschiffe, für Schiffe, die der Seefischerei dienen, und für Luftfahrzeuge werden über den 31.12.1989 hinaus für weitere 5 Jahre bis zum 31.12.1994 zugelassen. Die derzeitige Befristung hat sich wegen der heute langfristigen Zeiträume in den Investitionsentscheidungen der Luftfahrt- und Schifffahrtsgesellschaften als zu kurz herausgestellt. Die Verlängerung ermöglicht es dem betroffenen Unternehmen, die Sonderabschreibungen bereits für Anzahlungen auf Anschaffungskosten von Schiffen und Luftfahrzeugen in Anspruch zu nehmen, die erst nach dem 31.12.1989 geliefert werden. Außerdem dient die Verlängerung der Anpassung an die ebenfalls bis zum 31.12.1994 befristete Übergangsregelung zu § 15 a EStG für Schifffahrtsverluste, soweit diese durch Sonderabschreibungen nach § 82 f EStDV entstehen (§ 52 Abs. 21 Satz 3 Nr. 3 Buchst. b EStG).

- Sogenannte eingeschränkte Verlustklausel (§ 52 Abs. 21 EStG)

Mit der Streichung der sogenannten eingeschränkten Verlustklausel erhalten Schifffahrts-Kommanditgesellschaften im Rahmen der bestehenden 150 %-Regelung die bereits allgemein bestehende Möglichkeit, Sonderabschreibungen nach § 82 f EStDV für Schiffe bereits auf Anzahlungen ohne prozentuale Begrenzung vorzunehmen.

- Begünstigung von Modernisierungsaufwendungen (§ 82 a EStDV)

Die im Gesetz zur Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude geschaffene Ermächtigungsgrundlage für die steuerliche Begünstigung des Einbaus neuer Heizungs- und Warmwasseranlagen wird durch die Änderung des § 82 a EStDV ausgefüllt (s. auch 3.1).

3.4.4 Die hauptsächlichlichen Änderungen der übrigen Gesetze und Verordnungen

- Änderung des Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuergesetzes (Artikel 9 und 10)

Durch eine Änderung des § 7 Abs. 2 KStG wurde klargestellt, daß in Organisationsfällen der Verlustabzug nach § 10 d EStG erst nach der Zusammenfassung aller positiven und negativen Einkommen des Organkreises vorzunehmen ist.

Bei der Gewerbesteuer wurden die sog. Umrechnungsvorschriften abgeschafft. Bisher wurde der Gewerbeertrag auf einen Jahresbetrag umgerechnet, wenn der für die Ermittlung des Gewerbeertrags maßgebliche Zeitraum mehr oder weniger als 12 Monate umfaßt. Außerdem wurden die Steuermeßbeträge ermäßigt, wenn die Steuerpflicht nicht während des ganzen Erhebungszeitraums bestanden hat. Durch den Wegfall dieser Vorschriften tritt für Bürger und Verwaltung eine wesentliche Vereinfachung ein.

- Änderung des Investitionszulagengesetzes (Artikel 11) und des Zonenrandförderungsgesetzes (Artikel 13)

Aufhebung des Kumulationsverbots von regionaler Zulage nach § 1 Investitionszulagengesetz und Forschungszulage nach § 4 des Gesetzes. Dadurch soll ein größerer Anreiz für private Investitionsvorhaben im Bereich von Forschung und Entwicklung in den Fördergebieten geschaffen werden. Außerdem geht es darum, die Förderung von besonders kapitalkräftigen Betrieben, die gemessen an der Investitionssumme nur eine geringe Zahl neuer Arbeitsplätze schaffen, einzuschränken. Dies geschieht dadurch, daß der förderungsfähige Höchstsatz vom 30fachen auf das 10fache der durchschnittlichen Investitionskosten pro geschaffenem oder gesichertem Arbeitsplatz abgesenkt wird. Demnach beträgt der förderungsfähige Höchstsatz nur noch 2 gegenüber bisher 6 Mill. DM pro Arbeitsplatz.

Künftig sind Investitionen nicht mehr begünstigt, die vor Beantragung der

nach § 2 Investitionszulagengesetz erforderlichen Bescheinigung abgeschlossen werden.

Streichung der Prosperitätsklausel im Investitionszulagengesetz und im Zonenrandförderungsgesetz.

- Änderung des Stahlinvestitionszulagengesetzes (Artikel 12)

In beschränktem Umfang werden nun auch Anzahlungen auf Herstellungskosten, die bis zum 31.12.1985 geleistet wurden, als Bemessungsgrundlage der Stahlinvestitionszulage anerkannt.

- Änderung des Umsatzsteuergesetzes (Artikel 14) aufgrund des EG-Beitritts Portugals und Spaniens zum 1.1.1986.

Portugal braucht nach der Beitrittsakte das gemeinschaftliche Mehrwertsteuersystem erst zum 1.1.1989 einzuführen. Dieser Mitgliedstaat ist daher bis zu diesem Zeitpunkt für den Bereich der Umsatzsteuer nicht als Gebiet der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu behandeln (ausgenommen hiervon sind die umsatzsteuerlichen Vorschriften für den nichtkommerziellen innergemeinschaftlichen Reiseverkehr). Spanien wird zwar bereits ab 1.1.1986 in die bei der Umsatzsteuer für die EG-Mitgliedstaaten geltenden Vorschriften einbezogen. Zur Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen der Reiseveranstalter bleibt aber die bisherige Umsatzsteuerbefreiung bei Reisen nach Spanien bis zum 31.12.1988 bestehen.

- Änderung des Kapitalverkehrsteuergesetzes (Artikel 15)

Für Rechtsvorgänge, für die bisher die Gesellschaftsteuer um 50 % ermäßigt wurde (z.B. Deckung einer Überschuldung oder eines Kapitalverlustes), ist ab 1.1.1986 eine Steuerbefreiung eingeführt worden, die unter denselben Voraussetzungen wie die bisherige Steuerermäßigung gewährt wird. Die neue Steuerbefreiung ist durch eine Richtlinie des Rates der EG vom 10.6.1985 zwingend vorgeschrieben.

- Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes (Artikel 16)

Nachdem im Schaustellergewerbe Zugmaschinen bereits ohne Einschränkung

von der Kraftfahrzeugsteuer befreit waren, sind mit Wirkung ab 1.1.1986 die entsprechenden Anhänger auch dann von der Kfz-Steuer ausgenommen, wenn sie für eine Geschwindigkeit von mehr als 25 km/h zugelassen sind.

- Änderung des Bewertungsgesetzes (Artikel 17)

Bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens wird eine Vereinfachung dadurch erzielt, daß künftig hinsichtlich des Ansatzes des Geschäfts- oder Firmenwerts in der Vermögensaufstellung und in der Steuerbilanz ein völliger Gleichklang erreicht wird. Sowohl in der Frage, ob ein Firmen- oder Geschäftswert angesetzt wird, als auch hinsichtlich der Höhe des Wertes, folgt das Bewertungsrecht künftig dem Einkommensteuerrecht. Danach kann der Geschäfts- oder Firmenwert bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens ebenso wie in der Steuerbilanz nach Maßgabe des Bilanzrichtliniengesetzes abgeschrieben werden.

Im Bereich des sonstigen Vermögens wird die 1974 aufgehobene Vermögensteuerbefreiung für Werke zeitgenössischer Künstler wieder eingeführt. Befreit sind ab 1.1.1986 alle Kunstwerke, die zu Lebzeiten des Künstlers angeschafft worden sind. Diese Begünstigung der zeitgenössischen Kunstwerke gegenüber dem übrigen Kunstbesitz soll einen Anreiz bringen, Werke lebender, insbesondere junger und unbekannter Künstler zu erwerben.

3.5 Gesetz zur Durchführung der 4., 7. und 8. Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts (Bilanzrichtliniengesetz - BiRiLiG) vom 19.12.1985 (BGBl. I S. 2355)

Für die Bildung von Rückstellungen für Pensionszusagen gab es bisher sowohl handels- als auch steuerrechtlich ein Wahlrecht. Künftig gibt es für Pensionsverpflichtungen grundsätzlich eine Rückstellungspflicht. Die Passivierungspflicht gilt jedoch nicht rückwirkend, sondern nur für neue Pensionszusagen. Das Passivie-

rungswahlrecht ist für Zusagen zugelassen, die vor dem 1.1.1987 erteilt worden sind.

3.6 Erste Verordnung zur Änderung der Kraftfahrzeugsteuer-Durchführungsverordnung vom 10.12.1985 (BGBl. I S. 2185)

Aufgrund der Änderungen durch das Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens vom 22.5.1985 werden für schadstoffarme und bedingt schadstoffarme Personenkraftwagen steuerliche Vergünstigungen gewährt. Für die Beurteilung eines Personenkraftwagens als schadstoffarm oder bedingt schadstoffarm Stufe A, B oder C sind die Feststellungen der Zulassungsbehörden maßgebend. Deshalb wurde es erforderlich, die Vorschriften über die Mitwirkung der Zulassungsbehörden zu ergänzen.

Durch Artikel 10 Steuerentlastungsgesetz 1984 vom 22.12.1983 ist die Steuervergünstigung für Behinderte neu geregelt worden; daher wurde eine Änderung des § 7 KraftStDV erforderlich.

3.7 Fünfte Verordnung zur Änderung der Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung vom 19.12.1985 (BGBl. I S. 2461)

Die Änderung der UStDV zum 1.1.1986 wurde vorrangig aufgrund der Richtlinie 85/348/EWG des Rates der EG vom 8.6.1985 erforderlich. Diese Richtlinie betrifft den nichtkommerziellen innergemeinschaftlichen Reiseverkehr. Sie verpflichtet die EG-Staaten, die Wertgrenze für den Ausschluß der umsatzsteuerlichen Entlastung privater Ausfahrten auf 350 ECU (rd. 780 DM) anzuheben und bei höherwertigen Gegenständen die steuerliche Entlastung von dem Nachweis abhängig zu machen, daß die Einfuhr dieser Gegenstände in einen anderen EG-Staat dort zur Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer führt.

Außerdem werden durch die Verordnung Vereinfachungsregelungen für die Besteuerung des grenzüberschreitenden Fährverkehrs auf dem Rhein und der Donau sowie bei grenzüberschreitenden Güterbeförderungen im Wechselverkehr zwischen der Deutschen Bundesbahn und den nichtbundeseigenen Eisenbahnen eingeführt.

3.8 Verordnung zur Änderung der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung vom 2.4.1986 (BGBl. I S. 379)

Durch die Verordnung werden die Höchstbeträge für die als Werbungskosten anzuerkennenden Verpflegungsmehraufwendungen bei Inlands- und Auslandsdienstreisen an die Erhöhung der Tagegelder nach dem Bundesreisekostengesetz angepaßt. Außerdem erfolgt die Anpassung der Vorschriften zum Lohnkonto an die zwischenzeitlichen Änderungen des Einkommensteuergesetzes.

3.9 Zweite Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-DV vom 24.7.1986 (BGBl. I S. 1236)

Die Höchstbeträge für die steuerrechtliche Anerkennung von Mehraufwand für Verpflegung bei Geschäftsreisen und bei doppelter Haushaltsführung sind an die pauschalen Tagegeldbeträge im Bundesreisekostenrecht angepaßt worden.

In § 82 a EStDV (erhöhte Abschreibungen für energiesparende Maßnahmen) wird der Anwendungszeitraum für die bisherigen Fördertatbestände über 1987 hinaus bis einschließlich 1991 ausgedehnt. Damit erfolgt eine Angleichung an den Endtermin für die steuerliche Förderung des Einbaus moderner Heizungs- und Warmwasseranlagen, die nach dem 30.6.1985 eingebaut werden.

Die gleiche zeitliche Verlängerung gilt auch für Maßnahmen zur Förderung der Altbauusanierung (§ 82 g EStDV).

Die Sonderabschreibungen für Seeschiffe und Luftfahrzeuge (§ 82 f EStDV) werden auf Anschaffungen oder Herstellungen erweitert, die bis zum 1.1.1995 (bisher 1.1.1990) erfolgen.

3.10 Erstes Rechtsbereinigungsgesetz vom 24.4.1986 (BGBl. I S. 560)

Durch Artikel 24 bis 29 des Gesetzes wurde das Branntweinmonopolrecht geändert. Dabei wurden entbehrliche und überholte Vorschriften des Branntweinmonopolgesetzes gestrichen und das Änderungsgesetz vom 12.1.1967, soweit es noch Bedeutung hatte,

in das Branntweinmonopolgesetz eingearbeitet. Zugleich wurden die Ausführungsbestimmungen (Grundbestimmungen) zum Branntweinmonopolgesetz und deren Anlage 1, die Brennereiordnung, von entbehrlichen Vorschriften entlastet und die sachlich überholten Rechtsverordnungen "Branntweiner-satzsteuerordnung" und "Branntweinzähl-ordnung" aufgehoben.

3.11 Viertes Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes vom 6.12.1985 (BGBl. I S. 2142)

Mit dem Gesetz ist die seit 1.4.1985 geltende Steuersatzspreizung für unverbleiten Ottokraftstoff und andere Leichtöle deutlich ausgeweitet worden, um verstärkt zum Verbrauch unverbleiten Ottokraftstoffs anzuregen.

3.12 Durch die 34. Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Zollordnung vom 9.12.1985 (BGBl. I S. 2181) wurde zum 1.1.1986 die Einreise-Freimengen-Verordnung geändert, um sicherzustellen, daß die aus verkehrsrechtlichen Gründen erfolgte Ausweitung des Küstenmeeres in der Nordsee ohne Auswirkungen auf die Eingangsabgabenfreiheit bei sogenannten Stichfahrten bleibt.

3.13 7. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 19.12.1985 (BGBl. I S. 2354)

Das o.a. Gesetz bestimmt, daß für die Jahre 1986 und 1987 dem Bund 65 % (vorher 65,5 %) und den Ländern 35 % (vorher 34,5 %) vom Aufkommen der Umsatzsteuer zusteht.

3.14 Gesetz zu dem Beschluß des Rates der EG vom 7. Mai 1985 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften vom 19.12.1985 (BGBl. II S. 1690)

Mit Inkrafttreten des Beitritts von Spanien und Portugal zur Europäischen Gemeinschaft am 1.1.1986 wurde auch der Finanzrahmen der Gemeinschaft angehoben: Der Höchstsatz der Mehrwertsteuereigenmittel wurde von 1 auf 1,4 % der Bemessungsgrundlage erhöht.

4 Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell
ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1986*)

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.1 Lohnsteuer</u></p> <p>In der Regel bis zum 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats. Ausnahme: Vierteljahreszahlungen/Jahreszahlungen, wenn die abzuführende Lohnsteuer im letzten Kalenderjahr nicht mehr als 6 000/600 DM betragen hat. Das Aufkommen folgt der Lohnzahlung mit Abstand von mindestens einem Monat.</p> <p>Übersteigt die im Laufe eines Kalenderjahres einbehaltene Lohnsteuer die auf den Jahresarbeitslohn entfallende Lohnsteuer, so wird der Unterschiedsbetrag - sofern ein Lohnsteuerjahresausgleich (LStJA) durchgeführt wird - aus dem Aufkommen des folgenden Jahres erstattet. Wegen der Erstattung der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen siehe unter 2.2 "Abschlußzahlungen".</p> <p><u>4.2 Veranlagte Einkommensteuer</u></p> <p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen nach Veranlagung, die gewöhnlich 9 bis 18 Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes durchgeführt wird. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf im allgemeinen mit mindestens 1-jähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung."</p> <p><u>4.3 Kapitalertragsteuer¹⁾</u></p> <p>Steuerabzug durch den Schuldner der Kapitalerträge im Zeitpunkt des Zufließens der Kapitalerträge an den Gläubiger; Abführung an das Finanzamt bis zum 10. des folgenden Monats.</p>	<p>Progressionstarif (Die tatsächliche Belastung mit Einkommensteuer stellt einen Durchschnitt dar aus Besteuerung zum 0-Satz, mit 22 % und der Grenzbesteuerung in der Progressionszone)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Steuerfreie Vorstufe bis 4 536/9 072 DM zu versteuerndes Einkommen (Grundfreibetrag) - Untere Proportionalzone mit Steuersatz von 22 vH auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 4 537/9 073 DM (Nullstufe) bis 18 035/36 070 DM, - Progressionszone mit von 22 vH bis 56 vH steigenden Grenzsteuersätzen auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 18 036/36 071 DM bis 130 031/260 063 DM, - obere Proportionalzone (56 vH). <p>Splittingverfahren bei Ehegatten.</p> <p>Berücksichtigung einer Reihe von Abzugsbeträgen und Sonderausgaben, die - vielfach ohne Rücksicht auf die dem Steuerpflichtigen tatsächlich entstehenden Kosten - die Höhe des zu versteuernden Einkommens beeinflussen; hierzu zählen insbesondere Arbeitnehmer-, Weihnachts-, Versorgungs-, Kinderfreibetrag, Werbungskosten (-pauschbetrag), Freibetrag für Land- und Forstwirte, Vorsorgeaufwendungen (Versicherungs- und Bausparbeiträge), Aufwendungen für Spenden und Beiträge, Freibetrag für Freie Berufe, außergewöhnliche Belastungen.</p> <p>I.d.R. 25 vH</p> <p>Bei unbeschränkt Steuerpflichtigen Anrechnung bei der Einkommen-/Körperschaftsteuerveranlagung.</p>

*) Standardangaben ohne Berücksichtigung von Sonderregelungen.

1) Die Kapitalertragsteuer stellt den überwiegenden Aufkommensanteil der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag; demgegenüber spielt die - jeweils bei beschränkter Steuer-

pflicht erhobene - Aufsichtsratssteuer (30 vH) und Abzugssteuer für Künstler, Berufssportler, Schriftsteller usw. (bei Ausübung der Tätigkeit im Inland oder Verwertung von Rechten 15 bzw. 25 vH) eine untergeordnete Rolle.

<p>Steuerart</p> <p>Steuerentrichtung</p>	<p>Tarif</p>
<p><u>4.4 Körperschaftsteuer</u></p>	
<p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen gewöhnlich 8 bis 16 Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit durchschnittlich einjähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2. "Ermittlung der Steuerschuld nach Veranlagung".</p>	<p>56 vH generell; ermäßigte Steuersätze u.a. für Körperschaften, deren Gewinne beim Empfänger nicht zur Anrechnung berechtigen.</p> <p>Durch das Anrechnungsverfahren: Vereinheitlichung der Ausschüttungsbelastung auf 36 vH des Ausschüttungsbetrages (die der unbeschränkt steuerpflichtige Anteilseigner auf seine Steuerschuld anrechnen kann). Die Körperschaftsteuer des ausschüttenden Unternehmens mindert/erhöht sich je nachdem die Tarifbelastung der für die Ausschüttung als verwendet geltenden Kapitalteile über oder unter der Ausschüttungsbelastung liegt.</p>
<p><u>4.5 Umsatzsteuer</u></p>	
<p>4.5.1 Mehrwertsteuer</p>	
<p>Voranmeldungsverfahren mit späterer Jahresveranlagung. Vorauszahlungen i.d.R. am 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats (ggf. Kalendervierteljahres, wenn die Steuerschuld im letzten Kj nicht mehr als 6 000 DM betragen hat). Möglichkeit, von der Voranmeldung/Vorauszahlung befreit zu werden, wenn die Steuer für das vorangegangene Kj nicht mehr als 600 DM beträgt. Auf Antrag Fristverlängerung um 1 Monat für Monatszahler unter der Voraussetzung einer Sondervorauszahlung. Das Steueraufkommen folgt der wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel mit 1 bis 2-monatiger Verzögerung.</p>	<p>14 vH; ermäßigter Satz von 7 vH (vor allem für Lebensmittel, Zeitschriften/Bücher, Personennahverkehr usw.); Steuerbefreiungen für Ausfuhrlieferungen, Geschäftsvorfälle im Geld- und Kapitalverkehr usw.</p> <p>Vorsteuer- und sonstige Kürzungsbeträge mindern die Steuerschuld.</p> <p>Sonderregelung u.a. für Berliner Umsätze, Land- und Forstwirtschaft, Kleinunternehmer.</p>
<p>4.5.2 Einfuhrumsatzsteuer</p>	
<p>Sinngemäße Anwendung der Vorschriften für die Zölle/ggf. des Abschöpfungserhebungsgesetzes. Das Steueraufkommen folgt der Einfuhrentwicklung mit einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>14 bzw. 7 vH (ermäßigter Satz);</p>

<p>Steuerart</p> <p>Steuerentrichtung</p>	<p>Tarif</p>
<p><u>4.6 Versicherungsteuer</u></p>	
<p>Die Steuer wird zwei Wochen nach ihrer Entstehung fällig. Der Versicherer hat innerhalb von fünfzehn Tagen nach Ablauf eines jeden Anmeldezeitraums die Steuer zu entrichten. Anmeldezeitraum ist der Kalendermonat (das Kalenderjahr, wenn die Steuer für das vorangegangene Kalenderjahr insgesamt nicht mehr als 6 000 DM betrug). Das Aufkommen folgt somit der Entwicklung der Prämieinnahmen mit meist einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>5 vH der Prämie bei Sachversicherung, 0,02 vH der Versicherungssumme bei Hagelversicherung, 2 vH der Prämie bei Seeschiffskaskoversicherung, Lebens- und Krankenversicherungen bleiben steuerfrei.</p>
<p><u>4.7 Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)</u></p>	
<p>4.7.1 Zölle</p>	
<p>Entstehung und Fälligkeit bei Abfertigung zum freien Verkehr. Auf Antrag wird die Zahlung des Zolls bis zum 15. des auf die Entstehung der Zollschuld folgenden Monats aufgeschoben; ebenso bei einer Sammelzollanmeldung. Das Aufkommen folgt der Einfuhr somit durchschnittlich nach einem Monat.</p>	<p>Differenzierte Sätze. Gemeinsamer Außenzolltarif der EG-Länder; keine Binnenzölle innerhalb der EG. Begründung von Freihandelszonen, mit den Rest-EFTA-Ländern, Einräumung von Zollpräferenzen gegenüber einem wachsenden Kreis von Staaten (hauptsächlich Entwicklungsländer). Wegen des Beitritts von Spanien und Portugal zur EG am 1.1.1986 Verwirklichung der Zollunion zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten durch schrittweise Senkung der Zollsätze ab 1.3.1986 in 8 unterschiedlichen Schritten zwischen 10 und 15 % (für einige landwirtschaftliche Erzeugnisse letzte Senkungsstufe 1.1.1996).</p>
<p>4.7.2 Tabaksteuer</p>	
<p>Die Tabaksteuer ist durch Verwendung von Steuerzeichen (Banderolen) zu entrichten, die vom Hersteller vor Entfernung der Tabakwaren aus dem Herstellungsbetrieb²⁾ anzubringen und zu entwerfen sind. Sie wird fällig bei Zigaretten, Rauchtabak und Zigarettenhüllen</p> <ul style="list-style-type: none"> - für die bis zum 15. eines Monats bezogenen Steuerzeichen am 12. des nächsten Monats (für die vom 1.-15.12. bezogenen Zigarettensteuerzeichen jedoch am 27.12.), - für die nach dem 15. eines Monats bezogenen Steuerzeichen am 27. des nächsten Monats; <p>bei Zigarren und Zigarillos</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei einem Steuerzeichenbezug wie oben - am 10. bzw. 25. des übernächsten Monats. 	<p>Differenzierte Steuersätze für Zigaretten, Feinschnitt (1986 95 % bzw. 4 % der gesamten Tabaksteuereinnahmen), Zigarren, Zigarillos, Pfeifen-, Schnupf-, Kautabak und Zigarettenhüllen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zigaretten: 5,65 Pf/St + 31,5 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens 9,0 Pf/St - Feinschnitt 8,40 DM/kg + 31,8 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens 26 DM/kg

2) Der Entfernung aus dem (Herstellungs-) Betrieb steht der Verbrauch im Betrieb gleich; bei der Mineralölsteuer: Sofern er zu anderen Zwecken als der Aufrechterhaltung des Betriebes dient.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>4.7.3 Kaffeesteuer</p> <p>Die Vorschriften für Zölle gelten sinngemäß; die Steuer ist durchschnittlich 2 Monate nach Einfuhr zu zahlen.</p>	<p>Unterschiedliche Sätze zwischen 3,60 DM je kg Rohkaffee, nicht entkoffeiniert, und DM 9,90 je kg Trockenmasse flüssiger Auszüge oder Essenzen aus entkoffeiniertem Kaffee.</p>
<p>4.7.4 Branntweinabgaben</p> <p>Die Abgaben sind zu entrichten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Branntwein, der durch die Monopolverwaltung übernommen wurde, durch den Bezieher des Branntweins im Kaufgeld an die Branntweinmonopolverwaltung (Branntweinsteuer), - bei Abfindungsbrennereien binnen einer Woche nach Schluß des Monats, in dem der Branntwein hergestellt worden ist, bei Verschlußbrennereien binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Betrags an den Schuldner (Branntweinaufschlag³⁾), - bei der Einfuhr entsprechend den Vorschriften des Zollgesetzes (Monopolausgleich). <p>Unter bestimmten Voraussetzungen Zahlungsaufschub bis zum 15. des dritten auf die Fälligkeit (Übergang des Branntweins in den freien Verkehr) folgenden Monats; für Branntwein, der im Oktober in den freien Verkehr übergegangen ist, spätestens bis zum 27. Dezember.</p>	<p>2 550 DM/hl für Trinkbranntwein,</p> <p>1 200 DM/hl für Branntwein zu medizinischen Zwecken (unvergällt),</p> <p>600 DM/hl für Branntwein (einschl. Substitutionsalkohole) zur Herstellung von Heilmitteln und Kosmetika (vergällt),</p>
<p>4.7.5 Schaumweinsteuer</p> <p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Schaumweins aus dem Betrieb⁴⁾. Steuerentrichtung bis zum 25. des auf die Entstehung der Steuerschuld folgenden Monats.</p>	<p>Für eine ganze Flasche (0,75 l)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schaumwein 2,- DM - Schaumweinähnliche Getränke 0,40 DM
<p>4.7.6 Mineralölsteuer</p> <p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Mineralöls aus dem Betrieb⁴⁾. Steuerentrichtung entweder je zur Hälfte spätestens am letzten Werktag des folgenden und am 20. des zweiten folgenden Monats o d e r in einer Summe spätestens am 10. des zweiten folgenden Monats. Zahlungen für die im November entstandene Steuerschuld spätestens am 27. Dezember. Das Aufkommen folgt dem Absatz mit ein- bis zweimonatiger Verzögerung.</p>	<p>Differenzierte Steuersätze u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bleiarmes Benzin (46,- DM/hl) - Bleihaltiges Benzin (53,- DM/hl) - Dieselmotortreibstoff und Schmieröl 53,25 DM/dt - Flüssiggas: 91,40 DM/dt - Autogas (§ 8a MinÖStG): 61,25 DM/dt - Ermäßigte Sätze (1,50 DM/dt für schweres und 2 DM/dt für leichtes) Heizöl.
<p>3) Branntweinaufschlag ist für den von der Ablieferungspflicht ausgenommenen Branntwein vom Hersteller zu entrichten. Unter den Voraussetzungen des § 79 Abs. 2</p>	<p>BranntwMonG (die auch für den Monopolausgleich gelten) vermindert sich der Abgabebetrag.</p>
	<p>4) Fußnotentext unter 4.7.2</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.8 Vermögensteuer</u></p> <p>Vorauszahlungen am 10. Februar, 10. Mai, 10. August und 10. November nach zuletzt durchgeführter Haupt- (i.d.R. dreijährlich) oder Neuveranlagung (bei zwischenzeitlicher Änderung der Bemessungsgrundlage). Abschlußzahlungen nach Hauptveranlagung (oder Neuveranlagung), die gewöhnlich 1-2 Jahre nach dem Hauptveranlagungsstichtag durchgeführt wird. Das Aufkommen folgt deshalb der wirtschaftlichen Entwicklung in etwa mit 1 1/2-jähriger Verzögerung.</p>	<p>0,5 vH des steuerpflichtigen Vermögens für natürliche Personen,</p> <p>0,6 vH für juristische Personen,</p> <p>Grundfreibetrag für jedes Mitglied einer Veranlagungsgemeinschaft (natürliche Personen) 70 000 DM; außerdem unter bestimmten Voraussetzungen zusätzlicher Freibetrag wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit bis 50 000 DM; Freibetrag für Betriebsvermögen von 125 000 DM, das darüber hinaus nur noch mit 75 % (Handels-schiffsvermögen 50 %) seines steuerlichen Wertes angesetzt wird.</p>
<p><u>4.9 Erbschaftsteuer</u></p> <p>Binnen 3 Monaten anzumelden, Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Ggf. lange Stundungsfristen, daher unter Umständen größere Zwischenräume zwischen dem Erwerb und dem Steueraufkommen.</p>	<p>Vier Steuerklassen nach dem Verwandtschaftsverhältnis des Erwerbers zum Erblasser (Schenkenden); dementsprechend persönliche Freibeträge zwischen 3 000 und 250 000 DM daneben ggf. besondere Freibeträge.</p> <p>Steuersätze je nach Höhe des Erwerbs und Steuerklasse des Erwerbers zwischen 3 und 70 vH.</p>
<p><u>4.10 Grunderwerbsteuer</u></p> <p>Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Das Finanzamt kann längere Zahlungsfristen setzen. In der Regel folgt das Aufkommen dem steuerpflichtigen Vorgang ohne größere Verzögerung.</p>	<p>2 vH des Wertes der Gegenleistung (z.B. Kaufpreis), wenn eine Gegenleistung nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln ist, des Wertes des Grundstücks. Ausnahmen von der Besteuerung u.a. für den Grundstückserwerb von Todes wegen oder durch den Ehegatten des Veräußerers.</p>
<p><u>4.11 Kraftfahrzeugsteuer</u></p> <p>Festsetzung durch Steuerbescheid. I.d.R. jährliche Vorauszahlungen; bei mehr als 1 000 bzw. 2 000 DM Steuer sind halb- bzw. vierteljährliche Zahlungen mit einem Aufgeld von 3 bzw. 6 vH möglich. Das Aufkommen folgt mit mindestens einmonatiger Verzögerung der Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes.</p>	<p>Jahressteuer für</p> <ul style="list-style-type: none"> - Krafträder: 3,60 DM je 25 cm³ Hubraum - Pkw mit Hubkolbenantrieb: <ul style="list-style-type: none"> - schadstoffarm oder bedingt schadstoffarm Stufe C 13,20 DM je 100 cm³ - bedingt schadstoffarm Stufe A (auf Dauer) oder B (nur für 3 Jahre) 13,20 DM je 100 cm³ - herkömmliche (nicht-schadstoffarme) Pkw <ul style="list-style-type: none"> - bei Erstzulassung vor dem 1.1.1986 18,80 DM je 100 cm³ - bei Erstzulassung nach dem 31.12.1985 21,60 DM je 100 cm³ - alle anderen Fahrzeuge je nach Gewichtsklasse zwischen 22,- und 166,- DM je 200 kg Gesamtgewicht. <p>Ab 1.7.1985 zeitlich unterschiedlich befristete Steuerbefreiungen zwischen 6 Monaten und 6 Jahren 10 Monaten, gestaffelt nach Hubraumgrößen und Anerkennungszeiträumen. Halbierung der Befreiungsdauer bei Diesel-Pkw.</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<u>4.12 Rennwett- und Lotteriesteuer</u>	
4.12.1 Renn- und Sportwettsteuer 3 bis 5 Tage nach Wettannahmeschlußtag.	16 2/3 vH der Wetteinsätze.
4.12.2 Lotteriesteuer Vom Finanzamt festgelegte Fristen. Das Aufkommen an Rennwett- und Lotteriesteuer folgt der Wett- und Lotteriebeteiligung mit meist einmonatiger Verzögerung.	20 vH des Nennwertes sämtlicher Lose ausschließlich Steuer.
<u>4.13 Biersteuer</u> Bis zum 20. des Monats, der auf die Entstehung der Steuerschuld (Entfernung aus dem Betrieb ⁷⁾) folgt. Das Aufkommen folgt dem Bierausstoß mit gut einmonatiger Verzögerung.	Je nach Höhe des Bierausstoßes und der Biergattung zwischen 6 DM und 22,50 DM/hl; Ausfuhr und Haustrunk steuerfrei; Vergünstigungen für Hausbrauer.
<u>4.14 Grundsteuer (A und B)</u> Das Finanzamt wendet auf den Einheitswert der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) bzw. der Grundstücke (Grundsteuer B) die Steuermeßzahl (StMZ) an und ermittelt so den jeweiligen Steuermeßbetrag, auf den die Gemeinde den durch Satzung festgesetzten Hebesatz anwendet. Die für das Kalenderjahr festgesetzte Grundsteuer wird je zu einem Viertel ihres Jahresbetrags am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Abweichungen bei Kleinbeträgen oder auf Antrag.	Grundsteuer A - StMZ: 6 vT, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1985: 259 %). Grundsteuer B - StMZ: 3,5 vT, günstigere Regelung für Ein- und Zweifamilienhäuser, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1985: 295 %). - Beschränkung auf Bodenwertanteile bei öffentlich geförderten oder begünstigten Wohnungen für die Dauer von 10 Jahren.
<u>4.15 Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital</u> Das Finanzamt wendet auf den Gewerbeertrag ⁸⁾ und das Gewerbekapital ⁸⁾ die Steuermeßzahlen an und ermittelt so die Steuermeßbeträge nach dem Gewerbeertrag und -kapital, die zum sog. einheitlichen Steuermeßbetrag addiert werden; auf ihn wendet die Gemeinde - unter Berücksichtigung der Freibeträge - den durch Satzung festgesetzten Hebesatz an. Erstreckt sich ein Unternehmen über mehrere Gemeinden, so wird der einheitliche Steuermeßbetrag zerlegt und der Hebesatz auf den Zerlegungsanteil angewendet.	StMZ: 5 vH des Gewerbeertrags und 2 vT des Gewerbekapitals. Freibeträge beim Gewerbeertrag: 36 000 DM für natürliche Personen und Personengesellschaften Gewerbekapital: 120 000 DM. Freigrenze: 5 000 DM beim Gewerbeertrag für steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe von gemeinnützigen, kirchlichen u.ä. Körperschaften. Hebesätze: Gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1985: 356 %).

7) Fußnotentext unter 4.7.2.

8) Gewerbeertrag und -kapital werden aus dem einkommensteuerrechtlichen Gewinn bzw. aus dem Einheitswert des gewerblichen Betriebs durch gewerbesteuerrechtsspezifische Hinzurechnungen und Kürzungen abgeleitet.

<div>Steuerart</div> <div>Steuerentrichtung</div>	<div>Tarif</div>
<p>Vierteljährliche Vorauszahlungen jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November. Abschlußzahlungen nach Festsetzung der Jahressteuer. Das Steueraufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit ein- bis zweijähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	
<p><u>4.16 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Einnahme)</u></p> <p>Der Betrag ist den Gemeinden jährlich bis zum 1. Februar des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres (Schlußabrechnung) - unter Anrechnung der geleisteten Abschlags-/Vorauszahlungen - zuzuweisen. Kassenmäßiger Nachweis: Abschlagszahlung bis zum 1. Mai, 1. August und 1. November unter Zugrundelegung des Einkommensteuer-Istaufkommens des jeweils vorangegangenen Quartals. Sog. Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung im Dezember in Höhe der Zahlung für das 3. Vierteljahr⁹⁾.</p>	<p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p>
<p><u>4.17 Gewerbesteuerumlage</u></p> <p>Das für den Gemeindeanteil (Ziff. 4.16) Ausgeführte gilt hinsichtlich der Termine für die an Bund und Länder abzuführende Gewerbesteuerumlage entsprechend. Der Berechnung der vierteljährlichen Abschlagszahlungen wird das Gewerbesteuer-Istaufkommen des jeweils vorangegangenen Quartals zugrundegelegt. Besonderheit: Die Dezembervorauszahlung einer Gemeinde ist nur bis zur Höhe der Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu leisten⁹⁾.</p>	<p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p>

9) Wegen des zum Teil abweichenden statistischen Nachweises siehe unter 2.3 "Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung". Unbeschadet der rechtlichen Regelung in einigen Ländern werden die Vorauszahlungen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage in der Statistik brutto ausgewiesen.

5 Bemerkungen zu den Ergebnissen

Nachstehend wird die Einnahmeentwicklung

- der finanziell bedeutendsten Steuern
- der Steuern mit besonders auffallenden Änderungen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum

kurz kommentiert. Sofern nichts anderes vermerkt, beziehen sich die Angaben auf das Jahresergebnis.

Lohnsteuer (+ 3,1 %)

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer stiegen unter dem Einfluß des Steuersenkungsgesetzes nur mäßig um + 3,1 % gegenüber dem Vorjahr; dies ist die bislang geringste Jahressteigerungsrate in den 80er Jahren. Wie in den Vorjahren wurden die Einnahmen aus der Lohnsteuer wiederum durch Zulagen, Prämien und Erstattungen im Lohnsteuer-Jahresausgleich, insgesamt 10,7 Mrd. DM, gemindert. Die Lohnsteuer als besondere Erhebungsform der Einkommensteuer überschneidet sich mit den Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer bei der Veranlagung von Arbeitnehmern gemäß § 46 EStG in der Weise, daß Erstattungen und Nachzahlungen nicht bei der Lohnsteuer, sondern bei der veranlagten Einkommensteuer gebucht werden. Um diese statistischen Überschneidungen zu relativieren, empfiehlt es sich, die Einnahmen aus der Lohnsteuer und aus der veranlagten Einkommensteuer in einer Summe darzustellen. Die Summe belief sich auf 182,1 Mrd. DM, womit das Ergebnis von 1985 um 5,9 Mrd. DM = + 3,4 % übertroffen wurde.

Veranlagte Einkommensteuer (+ 4,6 %)

Durch die Anrechnung von Lohn-, Körperschaft- und Kapitalertragsteuer erhält die veranlagte Einkommensteuer immer mehr den Charakter einer Restgröße. 1986 wirkten sich der weitere Rückgang der befristeten Investitionszulage sowie eine hohe Sonderzahlung aufkommenserhöhend, das Steuersenkungsgesetz aber entlastend aus. Nach Berechnungen des BMF ergab sich - unter Hinzurechnung der Investitionszulagen und der Erstattungen an Lohnsteuerpflichtige gemäß § 46 EStG - ein rechnerisches Bruttoaufkommen von 47,5 Mrd. DM (+ 2,1 Mrd. DM oder + 4,7 % gegenüber 1985).

Kapitalertragsteuer (+ 30,8 %)

In der Wachstumsrate spiegeln sich neben einer Sonderzahlung die höheren Ausschüttungen von Kapitalgesellschaften wider.

Körperschaftsteuer (+ 1,5 %)

Basierend auf hohem Vorjahresniveau konnten die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer kaum noch zulegen, nachdem in den vergangenen Jahren die Vorauszahlungen zeitnah an die gute Gewinnentwicklung angepaßt worden sind. Auch bei der Körperschaftsteuer mindern Investitionszulagen das Aufkommen; ohne diese ergäbe sich lt. BMF ein rechnerisches Bruttoaufkommen von 34,0 Mrd. DM (0,5 Mrd. DM oder - 1,3 % weniger als 1985).

Steuern vom Umsatz (+ 1,2 %)

Die mäßige Wachstumsrate stellte sich bei gegenläufigen Entwicklungen der beiden Komponenten der Steuern vom Umsatz ein: Während sich mit dem Rückgang der Einfuhrpreise (verbilligte Ölimporte, Wechselkursentwicklung des US-Dollar) die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um - 10,0 % verringerten, ergab sich bei der Umsatzsteuer insbesondere als Konsequenz verringerten Vorsteuerabzugs der Einfuhrumsatzsteuer ein Zuwachs von + 13,9 %.

Gesellschaftsteuer (+ 14,4 %)

Nachdem das Aufkommen an Gesellschaftsteuer bereits in den Jahren 1982, 1983 und 1985 beträchtliche Zuwachsraten gegenüber den jeweiligen Vorjahren aufgewiesen hatte, stieg es 1986 nochmals um + 14,4 %. Es steht zu vermuten, daß außer wirtschaftlich bedingten Kapitalzuführungen an Kapitalgesellschaften auch die GmbH-Novelle 1980 zu dem Ergebnis beigetragen hat, die die Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem Stammkapital von weniger als 50 000 DM verpflichtet, ihr Mindeststammkapital auf diesen Betrag zu erhöhen und den Kapitalerhöhungsbeschluß bis spätestens 31.12.1985 zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden.

Börsenumsatzsteuer (+ 33,2 %)

Das Ergebnis korrespondiert mit gestiegenen Börsenumsätzen bei gleichmäßiger Ausweitung des Renten- und Aktiengeschäfts. Umsatzstärkste Monate waren Januar und April 1986.

Zölle (- 3,2 %)

Gemessen am Einfuhrwert der Waren aus Nicht-EG-Ländern (200 Mrd. DM 1986; - 13 % gegenüber 1985) ist das Aufkommen an Zöllen nur unterproportional gesunken. Dies gilt auch unter Berücksichtigung der Einfuhren aus Spanien und Portugal, die 1986 der EG beigetreten sind; danach haben sich die Einfuhren aus Nicht-EG-Ländern um - 8,2 % verringert.

Tabaksteuer (+ 0,2 %)

Rückläufige Mengen und steigende Preise, jeweils mit Ausnahme bei Feinschnitt, kennzeichneten die Entwicklung am Tabakmarkt. Lediglich bei Zigaretten ergab sich daraus noch eine leichte Zunahme der Kleinverkaufswerte, die einen Rückgang des Tabaksteueraufkommens verhinderte.

Branntweinabgaben (- 2,1 %)

Der Rückgang entspricht tendenziell der Entwicklung des steuerpflichtigen Verbrauchs.

Mineralölsteuer (+ 4,6 %)

Die Einnahmeerhöhung entspricht weitgehend dem Zuwachs beim Absatz, denn die Mehreinnahmen infolge Splittung der Steuersätze für verbleitetes und bleiarmes Benzin und die Mindereinnahmen durch den stark gestiegenen Anteil des geringer besteuerten Dieselmotorkraftstoffs kompensieren sich in etwa.

Vermögensteuer (+ 2,5 %)

Nachdem in den Jahren 1984 und 1985 die kassemäßigen Einnahmen aus der Vermögensteuer unter dem Einfluß des Steuerentlastungsgesetzes 1984 jeweils ihre Vorjahreswerte unterschritten hatten, ist 1986 wieder ein leichter Zuwachs von knapp 110 Mill. DM oder + 2,5 % festzustellen, der auf eine Erholung der Bemessungsgrundlage - u.U. in Verbindung mit der Entwicklung des Aktienmarktes in den letzten Jahren - hindeutet.

Kraftfahrzeugsteuer (+ 27,3 %)

Die hohe Wachstumsrate ist das Ergebnis der erhöhten Belastung nicht schadstoffarmer Pkw, des deutlich gestiegenen Bestandes an Kraftfahrzeugen und von einmalig aus steuertechnischen Gründen nachgeforderten Beträgen von schätzungsweise 700 Mill. DM.

Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 11,5 %)

Die Zunahme ist insbesondere auf die um 180 Mill. DM oder + 12,8 % gestiegenen Lotteriesteuereinnahmen zurückzuführen, was auf eine breitere bzw. intensivere Spielbeteiligung der Bevölkerung und einen entsprechend höheren Absatz von Losen hindeutet.

Grundsteuer B (+ 3,9 %)

Erste Indikatoren deuten darauf hin, daß das Ergebnis eher auf gestiegene Grundbeträge (= hebesatzbereinigtes Ist-Aufkommen) und nur zum kleineren Teil auf Hebesatzerhöhungen der Gemeinden zurückzuführen ist.

Gewerbesteuer (+ 4,0 %)

Nach dem Gemeindefinanzbericht 1987 des Deutschen Städtetages sind die Zahlungen für Vorjahre wie erwartet im Laufe des Jahres 1986 zurückgegangen. Dagegen haben sich die Vorauszahlungen, auf die über vier Fünftel des Gewerbesteueraufkommens entfallen, weiter positiv entwickelt, und den Rückgang der Zahlungen für Vorjahre überkompensiert.

EG-Anteile Umsatzsteuer (+ 29,8 %)

Die kräftige Steigerung ist auf die Anhebung des Höchstsatzes der Mehrwertsteuer-Eigenmittel von 1 auf 1,4 % der Bemessungsgrundlage zurückzuführen.

Umsatzsteueranteile von Bund (- 4,2 %) und Ländern (+ 2,7 %)

Im Jahr 1986 minderte der um rd. 40 % erhöhte Anteil der EG am Umsatzsteueraufkommen allein den Anteil des Bundes. Außerdem wirkte sich die Änderung des Beteiligungsverhältnisses zwischen Bund und Ländern zuungunsten des Bundes aus.

T a b e l l e n t e i l

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1986

1.1 Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	4. Vj 1986	4. Vj 1985	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	126 085,4	123 174,7	+ 2 910,7	+ 2,4
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	92 791,0	90 711,7	+ 2 079,3	+ 2,3
Lohnsteuer	45 273,2	43 870,3	+ 1 403,0	+ 3,2
Veranlagte Einkommensteuer	8 939,7	8 497,1	+ 442,6	+ 5,2
Kapitalertragsteuer	1 007,0	911,6	+ 95,4	+ 10,5
Körperschaftsteuer	8 238,0	8 414,1	- 176,0	- 2,1
Umsatzsteuer	16 086,3	14 024,5	+ 2 061,8	+ 14,7
Einfuhrumsatzsteuer	13 246,8	14 994,2	- 1 747,4	- 11,7
Bundessteuern	18 140,0	18 098,7	+ 41,3	+ 0,2
Gesellschaftsteuer	117,1	130,3	- 13,2	- 10,1
Börsenumsatzsteuer	103,8	181,3	- 77,5	- 42,7
Versicherungsteuer	476,9	432,2	+ 44,7	+ 10,3
Wechselsteuer	96,0	95,9	+ 0,1	+ 0,1
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) ...	17 344,7	17 255,2	+ 89,5	+ 0,5
Zölle (100 %)	1 401,9	1 371,3	+ 30,7	+ 2,2
Tabaksteuer	5 102,7	5 191,1	- 88,4	- 1,7
Kaffeesteuer	427,9	389,9	+ 38,0	+ 9,8
Zuckersteuer	45,7	40,2	+ 5,5	+ 13,8
Branntweinabgaben	1 280,4	1 340,1	- 59,7	- 4,5
Schaumweinsteuer	240,1	229,8	+ 10,3	+ 4,5
Mineralölsteuer	8 794,9	8 633,8	+ 161,1	+ 1,9
Sonstige Verbrauchsteuern ¹⁾	51,1	59,2	- 8,1	- 13,7
Ergänzungsabgabe	1,6	3,8	- 2,3	- 59,0
Landessteuern	4 817,3	4 336,6	+ 480,6	+ 11,1
Vermögensteuer	1 235,6	1 085,5	+ 150,1	+ 13,8
Erbschaftsteuer	297,2	385,0	- 87,8	- 22,8
Grunderwerbsteuer	563,2	550,2	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	1 888,9	1 506,1	+ 382,8	+ 25,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	459,0	417,0	+ 42,1	+ 10,1
dar.: Lotteriesteuer	415,0	377,1	+ 37,9	+ 10,0
Biersteuer	302,7	321,1	- 18,4	- 5,7
Feuerschutzsteuer	70,8	71,9	- 1,1	- 1,5
Gemeindesteuern	10 337,1	10 027,7	+ 309,4	+ 3,1
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	114,1	110,7	+ 3,4	+ 3,1
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	1 528,7	1 465,6	+ 63,1	+ 4,3
Gewerbsteuer	8 325,8	8 100,4	+ 225,4	+ 2,8
Grunderwerbsteuer	242,5	234,7	x	x
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen ..	125,9	116,2	+ 9,7	+ 8,4
nachrichtlich: Grunderwerbsteuer insgesamt	805,7	784,9	+ 20,8	+ 2,6

1) Siehe Tab. 1.4, lfd. Nr. 17, 19 und 22.

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1986

1.2 Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	4. Vj 1986	4. Vj 1985	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	131 412,4	128 189,3	+ 3 223,1	+ 2,5
EG-Anteile an Zöllen	1 396,6	1 356,1	+ 40,5	+ 3,0
EG-Anteile Umsatzsteuer	3 216,9	2 466,4	+ 750,6	+ 30,4
Steuereinnahmen des Bundes	61 428,9	61 308,6	+ 120,2	+ 0,2
Bundessteuern ¹⁾	16 743,4	16 742,6	+ 0,9	+ 0,0
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %) .	23 040,5	22 256,1	+ 784,4	+ 3,5
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %) ...	4 622,5	4 662,8	- 40,3	- 0,9
Umsatzsteuern ²⁾ (65/65,5 %)	15 849,6	16 540,9	- 691,3	- 4,2
Gewerbesteuerumlage (50 %)	1 172,8	1 106,2	+ 66,6	+ 6,0
Steuereinnahmen der Länder	43 919,7	42 373,2	+ 1 546,5	+ 3,6
Landessteuern	4 817,3	4 336,6	+ 480,6	+ 11,1
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %) .	23 040,5	22 256,1	+ 784,4	+ 3,5
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %) ...	4 622,5	4 662,8	- 40,3	- 0,9
Umsatzsteuern (35/34,5 %)	10 266,6	10 011,5	+ 255,1	+ 2,5
Gewerbesteuerumlage (50 %)	1 172,8	1 106,2	+ 66,6	+ 6,0
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	3 149,5	3 287,4	- 137,9	- 4,2
Länder ohne Stadtstaaten	40 770,2	39 085,8	+ 1 684,3	+ 4,3
Steuereinnahmen der Gemeinden	21 450,4	20 685,0	+ 765,4	+ 3,7
Gewerbesteuer (100 %)	8 325,8	8 100,4	+ 225,4	+ 2,8
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	2 324,5	2 197,9	+ 126,7	+ 5,8
Gewerbesteuer (netto)	6 001,3	5 902,5	+ 98,8	+ 1,7
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	13 437,8	12 855,2	+ 582,6	+ 4,5
Übrige Gemeindesteuern	2 011,3	1 927,2	+ 84,0	+ 4,4
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	1 320,4	1 380,9	- 60,4	- 4,4
Gemeinden/Gv.	20 129,9	19 304,1	+ 825,8	+ 4,3
Kreisfreie Städte	7 902,6	7 513,8	+ 388,9	+ 5,2
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	12 080,9	11 641,0	+ 439,9	+ 3,8
mit weniger als 10 000 Einwohnern	4 015,4	3 872,0	+ 143,4	+ 3,7
mit 10 000 Einwohnern und mehr	8 065,6	7 769,0	+ 296,5	+ 3,8
Landkreise	146,4	149,3	- 2,9	- 2,0
Außerdem:				
Lastenausgleichsabgaben	0,0	0,2	- 0,2	x

1) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1986

1.3 Nach Ländern

Mill.DM

Land	Viertel-jahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung					Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemein-schaft-steuern	Bundes-steuern	Landes-steuern	Gemeinde-steuern	ins-gesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet	4./86	92 791,0	18 140,0	4 817,3	10 337,1	126 085,4	43 919,7	21 450,4
	4./85	90 711,7	18 098,7	4 336,6	10 027,7	123 174,7	42 373,2	20 685,0
Schleswig-Holstein ...	4./86	2 603,7	182,4	164,1	272,8	3 223,0	1 673,4	774,8
	4./85	2 519,9	176,7	156,8	269,8	3 123,3	1 606,5	733,0
Niedersachsen	4./86	7 040,8	723,7	501,3	890,7	9 156,4	4 574,2	2 113,4
	4./85	7 222,7	748,6	454,7	980,1	9 406,0	4 402,7	2 166,4
Nordrhein-Westfalen ..	4./86	27 928,0	4 900,7	1 129,3	3 009,9	36 967,9	11 950,9	6 212,8
	4./85	26 886,7	4 894,4	1 057,9	2 741,2	35 580,3	11 388,3	5 867,8
Hessen	4./86	9 418,7	741,5	473,9	1 116,4	11 750,5	4 214,9	2 256,0
	4./85	9 301,1	787,9	431,8	1 022,3	11 543,1	4 229,0	2 088,7
Rheinland-Pfalz	4./86	3 831,4	482,2	249,1	509,1	5 071,9	2 435,7	912,3
	4./85	4 030,4	485,6	205,3	625,4	5 346,7	2 290,8	955,1
Baden-Württemberg	4./86	16 219,5	1 472,4	815,0	1 716,1	20 222,9	7 258,2	3 656,4
	4./85	15 407,4	1 508,7	713,9	1 646,7	19 276,8	7 099,4	3 443,7
Bayern	4./86	15 796,5	800,0	999,5	1 755,1	19 351,1	8 006,0	3 938,1
	4./85	15 194,4	968,6	890,6	1 661,4	18 715,0	7 434,7	3 791,5
Saarland	4./86	1 209,5	34,9	65,8	116,1	1 426,3	656,8	266,2
	4./85	1 090,9	36,4	59,4	108,4	1 295,2	634,3	257,9
Hamburg	4./86	5 660,7	4 708,8	177,8	559,4	11 106,8	1 560,4	765,0
	4./85	5 802,1	4 455,3	155,7	560,6	10 973,7	1 556,0	784,4
Bremen	4./86	1 266,6	287,1	53,9	148,1	1 755,7	460,0	228,0
	4./85	1 366,7	269,6	49,5	174,5	1 860,3	504,1	253,2
Berlin (West)	4./86	1 815,5	3 806,3	187,7	243,3	6 052,9	1 129,1	327,5
	4./85	1 889,2	3 766,9	161,2	237,2	6 054,4	1 227,3	343,2

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

1.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						v o r d e r
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	92 791 034	2 603 657	7 040 817	27 928 021	9 418 725
2	Lohnsteuer	45 273 219	1 375 729	4 102 793	12 823 384	4 840 277
3	Veranlagte Einkommensteuer	8 939 702	251 513	678 940	2 935 061	706 690
4	Kapitalertragsteuer	1 006 953	18 601	37 169	259 033	140 628
5	Körperschaftsteuer	8 238 041	195 954	482 221	2 238 750	839 958
6	Umsatzsteuer	16 086 330	446 049	969 215	5 023 975	1 373 244
7	Einfuhrumsatzsteuer	13 246 789	315 811	770 479	4 647 818	1 517 928
8	Bundessteuern	18 140 025	182 417	723 652	4 900 740	741 490
9	Gesellschaftsteuer	117 094	918	33 240	24 125	14 664
10	Börsenumsatzsteuer	103 791	823	- 20 043	26 492	44 159
11	Versicherungsteuer	476 871	3 683	63 485	144 249	48 357
12	Wechselsteuer	95 991	1 191	6 215	22 735	26 303
13	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	17 344 702	175 787	640 587	4 682 704	607 865
14	Zölle (100 %)	1 401 930	25 846	67 195	412 245	177 278
15	Tabaksteuer	5 102 714	30	47	1 125 099	57
16	Kaffeesteuer	427 890	3 314	31 970	36 870	770
17	Teesteuer	14 786	549	5 023	3 169	1 157
18	Zuckersteuer	45 678	1 504	9 501	15 662	1 400
19	Salzsteuer	11 314	6	5 211	1 650	1
20	Branntweinabgaben	1 280 363	120 489	192 005	349 864	71 366
21	Schaumweinsteuer	240 130	618	879	8 599	86 552
22	Leuchtmittelsteuer	34 208	97	1 519	14 085	1 915
23	Mineralölsteuer	8 794 918 ^{a)}	23 334	336 466	2 715 461	267 369
24	Sonstige Bundessteuern	- 9 229	-	- 9 229	-	-
25	Ergänzungsabgabe	1 575	15	168	435	142

a) Darunter 183 567 (000) DM Heizölsteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vierteljahr 1986

und Ländern

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

Steuerverteilung

3 831 410	16 219 536	15 796 463	1 209 526	84 048 155	5 660 749	1 266 596	1 815 540	8 742 885	1
2 034 408	7 670 127	7 964 561	617 366	41 428 645	2 326 502	652 909	865 163	3 844 574	2
641 883	1 629 531	1 457 778	43 537	8 344 933	309 393	102 556	182 821	594 770	3
36 191	203 973	165 432	7 753	868 780	83 266	8 323	46 586	138 175	4
317 304	2 139 655	1 249 544	24 126	7 487 512	593 447	39 618	117 464	750 529	5
362 724	2 785 612	2 974 316	261 522	14 196 657	1 288 156	133 335	468 183	1 889 674	6
438 900	1 790 638	1 984 832	255 222	11 721 628	1 059 985	329 855	135 323	1 525 163	7
482 229	1 472 369	799 992	34 863	9 337 752	4 708 824	287 125	3 806 314	8 802 263	8
1 902	10 669	19 748	712	105 978	5 332	3 741	2 041	11 114	9
2 275	10 615	23 043	433	87 797	9 862	1 156	4 977	15 995	10
3 945	35 473	104 376	1 756	405 324	62 147	3 253	6 147	71 547	11
2 061	14 760	11 376	1 035	85 676	5 707	3 614	992	10 313	12
472 073	1 400 710	641 350	30 876	8 651 952	4 625 230	275 495	3 792 017	8 692 742	13
33 712	137 930	217 554	5 785	1 077 545	226 602	73 884	23 896	324 382	14
35	467 231	177	3	1 592 679	38	51	3 509 946	3 510 035	15
10 966	2 387	3 994	4	90 275	37 491	147 279	152 844	337 614	16
11	387	134	0	10 430	2 335	1 959	60	4 354	17
6	11 525	3 773	237	43 608	1 369	159	542	2 070	18
216	1 711	2 321	181	11 297	5	4	7	16	19
191 193	61 172	107 326	4 318	1 097 733	89 603	30 191	62 835	182 629	20
105 888	10 598	18 310	5 390	236 834	2 350	402	545	3 297	21
95	1 432	11 769	79	30 991	117	89	3 011	3 217	22
129 951	706 337	275 992	14 879	4 469 789	4 265 320	21 477	38 331	4 325 128	23
-	-	0	-	- 9 229	-	-	-	-	24
- 27	142	99	51	1 025	546	- 134	140	552	25

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

1.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
v o r d e r						
26	Landessteuern	4 817 263	164 107	501 273	1 129 250	473 922
27	Vermögenssteuer	1 235 585	26 154	128 823	317 278	138 598
28	Erbschaftsteuer	297 170	9 656	31 044	12 071	24 618
29	Grunderwerbsteuer	563 173	34 862	60 665	66 065	62 763
30	Kraftfahrzeugsteuer	1 888 878	66 516	208 871	508 048	181 838
31	Rennwett- und Lotteriesteuer	459 027	17 979	49 103	133 791	40 321
32	Totalisatorsteuer	25 806	534	546	11 308	992
33	Andere Rennwettsteuer	5 324	32	570	2 597	557
34	Lotteriesteuer	415 012	17 413	47 988	115 533	37 370
35	Sportwettsteuer ¹⁾	12 885	-	-	4 354	1 402
36	Feuerschutzsteuer	70 774	1 644	4 708	6 540	374
37	Biersteuer	302 657	7 295	18 058	85 458	25 411
38	Sonstige	1	-	0	-	-
39	Gemeindesteuern	10 337 099	272 822	890 681	3 009 921	1 116 404
40	Grundsteuern	1 642 833	66 376	203 141	446 751	136 441
41	Gewerbesteuer (100 %)	8 325 845	197 570	660 602	2 410 896	950 666
42	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	368 421	8 876	26 938	152 274	29 297
43	Steuereinnahmen insgesamt	126 085 421	3 223 003	9 156 423	36 967 932	11 750 541
n a c h d e r						
44	EG-Anteile an Zöllen	1 396 585	x	x	x	x
45	EG-Anteile Umsatzsteuer	3 216 913	x	x	x	x
46	Steuereinnahmen des Bundes	61 428 873	x	x	x	x
47	Bundessteuern ²⁾	16 743 440	x	x	x	x
48	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	27 662 988	x	x	x	x
49	Umsatzsteuern ³⁾ (65 %)	15 849 615	x	x	x	x
50	Gewerbesteuerumlage (50 %)	1 172 830	x	x	x	x
51	Steuereinnahmen der Länder	43 919 673	1 673 438	4 574 156	11 950 885	4 214 933
52	Landessteuern	4 817 263	164 107	501 273	1 129 250	473 922
53	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	27 662 988	971 945	2 507 582	7 658 915	2 834 603
54	Umsatzsteuern (35 %)	10 266 592	499 558	1 472 939	2 855 216	776 025
55	Gewerbesteuerumlage (50 %)	1 172 830	37 828	92 362	307 504	130 383
56	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.	21 450 385	774 794	2 113 443	6 212 805	2 256 002
57	Gemeindesteuern	10 337 099	272 822	890 681	3 009 921	1 116 404
58	Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	2 324 548	75 656	184 700	615 011	260 999
59	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer (15 %)	13 437 834	577 628	1 407 462	3 817 895	1 400 597
60	Steuereinnahmen insgesamt	131 412 429	x	x	x	x
61	Außerdem:					
	Lastenausgleichsabgaben	7	-	4	9	7

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

3) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vierteljahr 1986
und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
249 131	814 955	999 515	65 776	4 397 929	177 793	53 870	187 671	419 334	26
49 771	218 712	227 091	10 117	1 116 544	62 863	14 763	41 416	119 042	27
18 300	63 108	87 243	2 141	248 181	17 301	4 762	26 924	48 987	28
-	123 389	149 775	3 295	500 814	20 882	5 347	36 130	62 359	29
126 648	300 314	345 968	32 175	1 770 378	51 721	17 018	49 761	118 500	30
27 471	68 059	69 982	8 168	414 874	17 180	5 150	21 822	44 152	31
1	2 714	4 538	1	20 634	1 809	180	3 183	5 172	32
-	631	284	10	4 681	592	-	51	643	33
27 469	61 520	62 500	8 157	377 950	13 505	4 970	18 588	37 063	34
-	3 194	2 661	-	11 611	1 274	-	-	1 274	35
8 187	4 916	40 217	1 625	68 211	- 82	521	2 124	2 563	36
18 754	36 456	79 239	8 255	278 926	7 927	6 309	9 494	23 730	37
-	0	-	-	1	-	-	-	-	38
509 101	1 716 088	1 755 107	116 097	9 386 221	559 398	148 136	243 344	950 878	39
92 108	199 339	314 056	30 197	1 488 409	79 349	28 701	46 374	154 424	40
367 590	1 465 319	1 424 674	77 646	7 554 963	464 996	111 448	194 438	770 882	41
49 403	51 430	16 377	8 254	342 849	15 053	7 987	2 532	25 572	42
5 071 871	20 222 948	19 351 077	1 426 262	107 170 057	11 106 764	1 755 727	6 052 869	18 915 360	43
Steuerverteilung									
x	x	x	x	x	x	x	x	x	44
x	x	x	x	x	x	x	x	x	45
x	x	x	x	x	x	x	x	x	46
x	x	x	x	x	x	x	x	x	47
x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
x	x	x	x	x	x	x	x	x	50
2 435 716	7 258 197	8 005 997	656 846	40 770 168	1 560 415	460 023	1 129 064	3 149 502	51
249 131	814 955	999 515	65 776	4 397 929	177 793	53 870	187 671	419 334	52
1 526 943	4 916 901	4 923 723	316 239	25 656 851	1 117 554	307 351	581 230	2 006 135	53
605 561	1 309 845	1 852 641	265 794	9 637 579	220 197	91 903	316 913	629 013	54
54 081	216 496	230 118	9 037	1 077 809	44 871	6 899	43 250	95 020	55
912 271	3 656 370	3 938 099	266 163	20 129 947	765 004	227 973	327 461	1 320 438	56
509 101	1 716 088	1 755 107	116 097	9 386 221	559 398	148 136	243 344	950 878	57
54 964	431 391	493 688	18 098	2 134 507	89 743	13 798	86 500	190 041	58
458 134	2 371 673	2 676 680	168 164	12 878 233	295 349	93 635	170 617	559 601	59
x	x	x	x	x	x	x	x	x	60
10	- 1	8	-	37	25	-	- 55	- 30	61

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.

2.1 Nach Steuerarten

Mill.

Lfd. Nr.	Steuerart	Viertel- jahr	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
1	Steuern insgesamt	4./86	21 450,4	774,8	2 113,4	6 212,8	2 256,0
2		3./86	15 584,3	518,6	1 394,4	4 368,9	1 727,4
3		4./85	20 685,0	733,0	2 166,4	5 867,8	2 088,7
4	Grundsteuer A	4./86	114,1	7,4	24,1	12,7	6,7
5		3./86	118,1	8,0	26,6	15,1	9,2
6		4./85	110,7	7,5	24,2	12,0	6,5
7	Grundsteuer B	4./86	1 528,7	59,0	179,0	434,0	129,7
8		3./86	2 040,5	82,0	239,0	593,7	190,8
9		4./85	1 465,6	53,3	174,3	415,5	128,5
10	Gewerbsteuer	4./86	8 325,8	197,6	660,6	2 410,9	950,7
11		3./86	8 232,7	226,2	608,0	2 247,7	1 013,8
12		4./85	8 100,4	198,7	754,3	2 168,2	859,8
13	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	4./86	2 324,5	75,7	184,7	615,0	261,0
14		3./86	1 165,9	30,5	101,7	306,0	116,8
15		4./85	2 197,9	65,4	203,9	585,6	223,3
16	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer	4./86	13 437,8	577,6	1 407,5	3 817,9	1 400,6
17		3./86	6 000,3	221,5	592,8	1 651,1	599,3
18		4./85	12 855,2	528,6	1 390,2	3 712,2	1 289,7
19	Sonstige Steuern und steuer- ähnliche Einnahmen	4./86	368,4	8,9	26,9	152,3	29,3
20		3./86	358,7	11,4	29,8	167,3	31,1
21		4./85	350,9	10,3	27,2	145,6	27,5

n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1986
und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Lfd. Nr.
912,3	3 656,4	3 938,1	266,2	765,0	228,0	327,5	1
811,6	2 434,4	2 900,8	172,3	701,9	226,7	327,3	2
955,1	3 443,7	3 791,5	257,9	784,4	253,2	343,2	3
7,1	23,2	31,9	0,5	0,5	0,1	0,0	4
10,1	9,0	38,6	0,8	0,4	0,2	0,0	5
7,4	20,5	31,6	0,5	0,5	0,1	0,0	6
85,0	176,2	282,2	29,7	78,8	28,6	46,3	7
106,7	218,6	357,8	28,4	109,1	32,1	82,3	8
80,2	159,1	278,5	26,6	76,5	27,8	45,2	9
367,6	1 465,3	1 424,7	77,6	465,0	111,4	194,4	10
365,7	1 404,4	1 635,3	72,3	375,4	117,7	166,3	11
490,0	1 422,9	1 332,3	75,2	469,1	140,6	189,3	12
55,0	431,4	493,7	18,1	89,7	13,8	86,5	13
54,5	238,4	203,3	8,4	47,1	14,6	44,7	14
75,8	396,6	432,5	20,6	96,3	17,4	80,4	15
458,1	2 371,7	2 676,7	168,2	295,3	93,6	170,6	16
337,3	1 018,7	1 056,0	72,3	247,3	83,5	120,5	17
405,5	2 193,6	2 562,6	170,1	320,1	96,1	186,5	18
49,4	51,4	16,4	8,3	15,1	8,0	2,5	19
46,2	22,1	16,4	6,9	17,0	7,7	2,9	20
47,9	44,2	19,0	6,1	14,6	5,9	2,6	21

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.

2.2 Nach Steuerarten, Körper

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	114 143	7 392	24 095	12 709	6 694
2	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	1 528 690	58 984	179 046	434 042	129 747
3	Gewerbsteuer	8 325 845	197 570	660 602	2 410 896	950 666
4	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 324 548	75 656	184 700	615 011	260 999
5	Gewerbsteuer (netto)	6 001 297	121 914	475 902	1 795 885	689 667
6	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	13 437 834	577 628	1 407 462	3 817 895	1 400 597
7	Grunderwerbsteuer	242 491	3 135	9 279	116 428	7 360
8	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	125 930	5 741	17 659	35 846	21 937
9	Insgesamt ...	21 450 385	774 794	2 113 443	6 212 805	2 256 002
						Kreisfreie
10	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	4 752	166	504	1 151	212
11	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	583 568	19 433	58 948	229 603	62 984
12	Gewerbsteuer	3 702 781	56 371	277 341	1 363 382	510 536
13	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	897 665	20 169	62 324	317 823	105 386
14	Gewerbsteuer (netto)	2 805 116	36 202	215 017	1 045 559	405 150
15	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	4 374 492	140 988	353 999	1 811 927	389 275
16	Grunderwerbsteuer	95 195	174	1 819	58 221	1 573
17	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	39 526	1 014	6 380	17 232	11 101
18	Insgesamt ...	7 902 649	197 977	636 667	3 163 693	870 295

n a c h der Steuerverteilung im 4. Vierteljahr 1986
 schäftsgruppen und Ländern
 DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

gesamt									
7 101	23 175	31 874	478	113 518	506	83	36	625	1
85 007	176 164	282 182	29 719	1 374 891	78 843	28 618	46 338	153 799	2
367 590	1 465 319	1 424 674	77 646	7 554 963	464 996	111 448	194 438	770 882	3
54 964	431 391	493 688	18 098	2 134 507	89 743	13 798	86 500	190 041	4
312 626	1 033 928	930 986	59 548	5 420 456	375 253	97 650	107 938	580 841	5
458 134	2 371 673	2 676 680	168 164	12 878 233	295 349	93 635	170 617	559 601	6
38 785	40 609	15 486	4 280	235 362	-	7 129	-	7 129	7
10 618	10 821	891	3 974	107 487	15 053	858	2 532	18 443	8
912 271	3 656 370	3 938 099	266 163	20 129 947	765 004	227 973	327 461	1 320 438	9

Städte									
925	1 061	733	-	x	x	x	x	x	10
35 219	56 436	120 945	-	x	x	x	x	x	11
183 817	462 269	849 065	-	x	x	x	x	x	12
24 819	123 301	243 843	-	x	x	x	x	x	13
158 998	338 968	605 222	-	x	x	x	x	x	14
143 258	511 462	1 023 583	-	x	x	x	x	x	15
13 824	12 735	6 849	-	x	x	x	x	x	16
2 690	998	111	-	x	x	x	x	x	17
354 914	921 660	1 757 443	-	x	x	x	x	x	18

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1986

2.2 Nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern

1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land ¹⁾
Kreisangehörige Gemeinden									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	108 711	7 226	23 591	11 558	6 482	6 176	22 115	31 085	478
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	791 319	39 551	120 098	204 439	66 763	49 789	119 727	161 233	29 719
Gewerbsteuer	3 852 120	141 199	383 261	1 047 514	440 130	183 773	1 003 050	575 547	77 646
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	1 236 843	55 487	122 377	297 188	155 613	30 145	308 090	249 845	18 098
Gewerbsteuer (netto) ..	2 615 277	85 712	260 884	750 326	284 517	153 628	694 960	325 702	59 548
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	8 503 741	436 640	1 053 463	2 005 968	1 011 322	314 876	1 860 211	1 653 097	168 164
Grunderwerbsteuer	1 124	-	82	-	-	-	-	1 042	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	60 754	4 549	10 475	17 540	8 876	5 335 ^{a)}	9 200	780	3 999
Insgesamt ...	12 080 926	573 678	1 468 593	2 989 831	1 377 960	529 804	2 706 213	2 172 939	261 908
Landkreise									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	56	-	-	-	-	-	-	56	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	5	-	-	-	-	-	-	5	-
Gewerbsteuer	62	-	-	-	-	-	-	62	-
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbsteuer (netto) ..	62	-	-	-	-	-	-	62	-
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grunderwerbsteuer	139 041	2 961	7 378	58 207	5 787	24 961	27 873	7 594	4 280
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	7 207	178	804	1 074	1 960	2 593	623	-	- 25
Insgesamt ...	146 371	3 139	8 182	59 281	7 747	27 554	28 496	7 717	4 255

1) Bei kreisangehörigen Gemeinden: einschl. Landeshaupt-
stadt Saarbrücken; Landkreise: einschl. Stadtverband
Saarbrücken.

a) Einschl. 989 (000) DM der Verbandsgemeinden.

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1986

2.3 Nach Körperschaftsgruppen und Ländern

1 000 DM

Land	Viertel- jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände					Land- kreise
		insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden			
				zusammen	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000	
Schleswig-Holstein	4./86	774 794	197 977	573 678	297 224	276 454	3 139
	3./86	518 600	140 985	374 821	208 207	166 614	2 794
	4./85	733 000	191 951	536 769	275 113	261 656	4 280
Niedersachsen	4./86	2 113 443	636 667	1 468 593	1 020 615	447 977	8 182
	3./86	1 394 426	444 625	940 369	667 373	272 996	9 430
	4./85	2 166 445	622 825	1 533 985	1 088 765	445 222	9 634
Nordrhein-Westfalen ...	4./86	6 212 805	3 163 693	2 989 831	2 857 945	131 886	59 281
	3./86	4 368 917	2 295 648	2 000 079	1 915 480	84 599	73 190
	4./85	5 867 806	3 004 211	2 804 250	2 672 428	131 822	59 345
Hessen	4./86	2 256 002	870 295	1 377 960	983 097	394 863	7 747
	3./86	1 727 424	705 355	1 014 153	739 297	274 856	7 916
	4./85	2 088 698	835 374	1 245 795	902 673	343 122	7 529
Rheinland-Pfalz	4./86	912 271	354 914	529 804	142 822	386 982	27 554
	3./86	811 577	320 174	464 660	140 806	323 854	26 744
	4./85	955 094	356 269	570 901	145 163	425 737	27 923
Baden-Württemberg	4./86	3 656 370	921 660	2 706 213	1 683 057	1 023 156	28 496
	3./86	2 434 427	630 282	1 792 792	1 141 724	651 068	11 352
	4./85	3 443 709	876 941	2 540 409	1 617 265	923 144	26 361
Bayern	4./86	3 938 099	1 757 443	2 172 939	836 343	1 336 595	7 717
	3./86	2 900 782	1 418 735	1 473 060	594 880	878 180	8 988
	4./85	3 791 496	1 626 202	2 155 195	831 523	1 323 673	10 100
Saarland	4./86	266 163	-	261 908	244 457	17 451	4 255
	3./86	172 252	-	167 691	155 048	12 643	4 561
	4./85	257 871	-	253 742	236 111	17 631	4 129
Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	4./86	20 129 947	7 902 649	12 080 926	8 065 560	4 015 364	146 371
	3./86	14 328 405	5 955 803	8 227 625	5 562 815	2 664 810	144 975
	4./85	19 304 119	7 513 773	11 641 046	7 769 041	3 872 007	149 301

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1986

3.1 Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1986	1985	Veränderung	
	Mill. DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	452 435,9	437 198,7	+ 15 237,2	+ 3,5
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	333 674,8	324 066,5	+ 9 608,3	+ 3,0
Lohnsteuer	152 233,1	147 630,3	+ 4 602,7	+ 3,1
Veranlagte Einkommensteuer	29 880,5	28 568,5	+ 1 312,0	+ 4,6
Kapitalertragsteuer	8 120,5	6 206,3	+ 1 914,2	+ 30,8
Körperschaftsteuer	32 301,5	31 836,2	+ 465,3	+ 1,5
Umsatzsteuer	58 586,9	51 427,8	+ 7 159,1	+ 13,9
Einfuhrumsatzsteuer	52 552,3	58 397,3	- 5 845,0	- 10,0
Bundessteuern	56 350,5	55 035,6	+ 1 314,9	+ 2,4
Gesellschaftsteuer	485,2	424,3	+ 60,9	+ 14,4
Börsenumsatzsteuer	748,1	561,6	+ 186,5	+ 33,2
Versicherungsteuer	2 578,3	2 475,9	+ 102,4	+ 4,1
Wechselsteuer	365,8	400,3	- 34,5	- 8,6
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) .	52 163,9	51 164,4	+ 999,4	+ 2,0
Zölle (100 %)	5 239,2	5 412,4	- 173,2	- 3,2
Tabaksteuer	14 480,3	14 451,6	+ 28,7	+ 0,2
Kaffeesteuer	1 657,4	1 567,2	+ 90,1	+ 5,8
Zuckersteuer	144,5	142,8	+ 1,7	+ 1,2
Branntweinabgaben	4 064,9	4 152,7	- 87,7	- 2,1
Schaumweinsteuer	697,8	684,3	+ 13,5	+ 2,0
Mineralölsteuer	25 643,7	24 520,6	+ 1 123,1	+ 4,6
Sonstige Verbrauchsteuern ¹⁾	236,0	232,9	+ 3,1	+ 1,3
Ergänzungsabgabe	9,3	9,1	+ 0,1	+ 1,3
Landessteuern	21 255,1	18 475,4	+ 2 779,8	+ 15,0
Vermögensteuer	4 396,0	4 286,8	+ 109,2	+ 2,5
Erbschaftsteuer	1 889,5	1 511,9	+ 377,6	+ 25,0
Grunderwerbsteuer	2 238,1	2 151,8	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	9 356,4	7 349,5	+ 2 006,9	+ 27,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	1 746,3	1 566,4	+ 180,0	+ 11,5
dar.: Lotteriesteuer	1 590,8	1 410,9	+ 179,9	+ 12,8
Biersteuer	1 263,3	1 254,0	+ 9,2	+ 0,7
Feuerschutzsteuer.....	365,5	354,9	+ 10,6	+ 3,0
Gemeindesteuern	41 155,4	39 621,2	+ 1 534,2	+ 3,9
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	442,6	439,5	+ 3,1	+ 0,7
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	7 193,7	6 926,4	+ 267,3	+ 3,9
Gewerbesteuer	31 986,6	30 758,5	+ 1 228,1	+ 4,0
Grunderwerbsteuer	913,3	903,3	x	x
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	619,2	593,5	+ 25,7	+ 4,3
nachrichtlich: Grunderwerbsteuer insgesamt	3 151,3	3 055,1	+ 96,2	+ 3,1

1) Siehe Tab. 1.4, lfd. Nr. 17, 19 und 22.

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1986

3.2 Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1986	1985	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	452 467,9	437 091,5	+ 15 376,4	+ 3,5
EG-Anteile an Zöllen	5 180,9	5 351,5	- 170,5	- 3,2
EG-Anteile Umsatzsteuer	12 771,5	9 841,1	+ 2 930,4	+ 29,8
Steuereinnahmen des Bundes	210 584,1	207 929,7	+ 2 654,5	+ 1,3
Bundessteuern ¹⁾	51 169,6	49 684,1	+ 1 485,4	+ 3,0
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %)	77 398,3	74 884,5	+ 2 513,8	+ 3,4
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %)	20 211,0	19 021,3	+ 1 189,7	+ 6,3
Umsatzsteuern ²⁾ (65/65,5 %)	59 469,0	62 094,4	- 2 625,4	- 4,2
Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 336,3	2 245,4	+ 90,9	+ 4,0
Steuereinnahmen der Länder	160 099,4	152 516,2	+ 7 583,2	+ 5,0
Landessteuern	21 255,1	18 475,4	+ 2 779,8	+ 15,0
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %)	77 398,3	74 884,5	+ 2 513,8	+ 3,4
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %)	20 211,0	19 021,3	+ 1 189,7	+ 6,3
Umsatzsteuern (35/34,5 %)	38 898,7	37 889,7	+ 1 009,0	+ 2,7
Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 336,3	2 245,4	+ 90,9	+ 4,0
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	11 692,9	11 529,2	+ 163,7	+ 1,4
Länder ohne Stadtstaaten	148 406,5	140 987,0	+ 7 419,6	+ 5,3
Steuereinnahmen der Gemeinden	63 832,0	61 453,1	+ 2 378,9	+ 3,9
Gewerbsteuer (100 %)	31 986,6	30 758,5	+ 1 228,1	+ 4,0
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	4 664,7	4 508,3	+ 156,4	+ 3,5
Gewerbsteuer (netto)	27 321,9	26 250,2	+ 1 071,7	+ 4,1
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	27 341,3	26 340,2	+ 1 001,1	+ 3,8
Übrige Gemeindesteuern	9 168,8	8 862,7	+ 306,1	+ 3,5
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	4 994,9	5 102,1	- 107,2	- 2,1
Gemeinden/Gv.	58 837,1	56 351,0	+ 2 486,1	+ 4,4
Kreisfreie Städte	24 228,4	23 203,9	+ 1 024,5	+ 4,4
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	34 041,4	32 559,9	+ 1 481,5	+ 4,6
mit weniger als 10 000 Einwohnern	10 948,8	10 573,0	+ 375,8	+ 3,6
mit 10 000 Einwohnern und mehr	23 092,5	21 986,8	+ 1 105,7	+ 5,0
Landkreise	567,3	587,2	- 19,9	- 3,4
Außerdem:				
Lastenausgleichsabgaben	0,7	2,4	- 1,7	- 71,7

1) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1986

3.3 Nach Ländern

Mill. DM

Land	Jahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung					Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemein- schaft- steuern	Bundes- steuern	Landes- steuern	Gemeinde- steuern	ins- gesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet	1986	333 674,8	56 350,5	21 255,1	41 155,4	452 435,9	160 099,4	63 832,0
	1985	324 066,5	55 035,6	18 475,4	39 621,2	437 198,7	152 516,2	61 453,1
Schleswig-Holstein ...	1986	9 347,2	634,1	749,2	1 113,1	11 843,7	6 089,0	2 041,4
	1985	8 766,4	614,8	663,6	1 099,4	11 144,1	5 789,2	1 950,4
Niedersachsen	1986	25 752,3	2 326,1	2 136,4	3 627,3	33 842,0	16 653,3	5 888,1
	1985	25 379,8	2 339,9	1 845,4	3 745,1	33 310,2	15 884,4	5 992,6
Nordrhein-Westfalen ..	1986	100 155,1	15 519,3	5 398,9	11 805,1	132 878,4	43 562,6	18 267,3
	1985	96 510,0	14 960,4	4 727,7	11 025,6	127 223,6	41 122,3	17 205,2
Hessen	1986	34 261,3	2 763,4	2 027,4	4 453,5	43 505,6	15 700,1	6 724,8
	1985	33 253,6	2 687,1	1 806,5	4 065,8	41 813,0	15 129,3	6 215,7
Rheinland-Pfalz	1986	14 150,4	1 540,5	1 049,3	2 033,8	18 774,0	8 567,5	3 261,7
	1985	14 153,6	1 539,5	901,1	2 198,8	18 793,0	8 171,6	3 333,2
Baden-Württemberg	1986	58 090,6	4 640,9	3 520,5	6 958,6	73 210,7	26 720,4	10 690,2
	1985	53 605,6	4 702,0	3 037,8	6 436,8	67 782,1	25 155,1	10 008,4
Bayern	1986	55 820,9	3 002,3	4 137,4	7 183,1	70 143,7	28 722,7	11 215,0
	1985	55 237,8	3 450,2	3 674,5	7 046,7	69 409,3	27 448,2	10 896,2
Saarland	1986	4 406,4	127,7	292,5	445,2	5 271,9	2 390,9	748,5
	1985	4 181,3	140,9	259,9	454,3	5 036,4	2 286,9	749,2
Hamburg	1986	20 932,8	13 955,4	758,3	2 002,3	37 648,8	5 698,2	2 838,8
	1985	21 856,5	13 078,0	674,9	2 046,1	37 655,6	5 746,1	2 912,1
Bremen	1986	4 543,2	1 079,6	239,8	600,7	6 463,3	1 733,8	857,7
	1985	5 129,6	1 022,5	205,5	605,1	6 962,7	1 759,3	872,7
Berlin (West)	1986	6 214,4	10 761,3	945,4	932,7	18 853,8	4 260,9	1 298,5
	1985	5 992,3	10 500,3	678,5	897,5	18 068,7	4 023,9	1 317,4

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

3.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						v o r d e r
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs 3 GG	333 674 841	9 347 242	25 752 331	100 155 137	34 261 341
2	Lohnsteuer	152 233 082	4 495 791	13 695 325	42 872 155	16 566 290
3	Veranlagte Einkommensteuer	29 880 530	996 827	2 304 280	9 610 602	2 312 116
4	Kapitalertragsteuer	8 120 534	103 777	560 417	2 725 245	1 155 895
5	Körperschaftsteuer	32 301 489	801 054	2 429 370	8 067 652	3 814 089
6	Umsatzsteuer	58 586 899	1 754 701	3 709 916	17 718 249	4 811 560
7	Einfuhrumsatzsteuer	52 552 307	1 195 093	3 053 023	19 161 234	5 601 391
8	Bundessteuern	56 350 515	634 113	2 326 068	15 519 268	2 763 384
9	Gesellschaftsteuer	485 192	8 100	58 625	126 424	90 027
10	Börsenumsatzsteuer	748 104	4 954	21 281	161 066	291 167
11	Versicherungsteuer	2 578 316	38 379	248 996	847 390	300 688
12	Wechselsteuer	365 767	4 770	19 496	94 442	82 180
13	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	52 163 882	577 864	1 976 914	14 284 671	1 998 654
14	Zölle (100 %)	5 239 201	97 439	248 790	1 507 740	683 136
15	Tabaksteuer	14 480 300	115	181	3 462 557	227
16	Kaffeesteuer	1 657 363	13 360	108 909	140 614	3 334
17	Teesteuer	60 388	3 017	20 431	11 988	4 162
18	Zuckersteuer	144 524	5 250	31 035	49 438	4 727
19	Salzsteuer	41 889	10	19 384	6 139	7
20	Branntweinabgaben	4 064 945	389 802	567 053	1 067 357	276 012
21	Schaumweinsteuer	697 797	2 657	2 951	21 738	240 865
22	Leuchtmittelsteuer	133 767	328	5 756	49 183	8 395
23	Mineralölsteuer	25 643 707 ^{a)}	65 890	972 424	7 967 917	777 786
24	Sonstige Bundessteuern	1	- 4	-	- 0	3
25	Ergänzungsabgabe	9 254	46	756	5 275	668

a) Darunter 887 876 (000) DM Heizölsteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1986
und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

Steuerverteilung

14 150 404	58 090 616	55 820 926	4 406 434	301 984 431	20 932 777	4 543 248	6 214 385	31 690 410	1
6 644 091	26 226 390	26 538 340	2 093 838	139 132 220	8 078 721	2 161 755	2 860 386	13 100 862	2
1 484 707	5 465 014	5 357 672	101 853	27 633 071	1 453 738	386 324	407 397	2 247 459	3
289 791	1 169 930	1 047 461	38 835	7 091 351	697 426	51 635	280 121	1 029 182	4
1 235 474	8 531 681	4 827 697	179 389	29 886 406	1 711 103	175 270	528 712	2 415 085	5
2 714 029	9 799 102	10 518 138	958 998	51 984 693	4 549 376	422 869	1 629 961	6 602 206	6
1 782 312	6 898 499	7 531 619	1 033 521	46 256 692	4 442 413	1 345 395	507 808	6 295 616	7
1 540 465	4 640 930	3 002 258	127 748	30 554 234	13 955 410	1 079 617	10 761 253	25 796 280	8
11 803	38 666	86 870	5 391	425 906	36 038	9 714	13 534	59 286	9
8 345	58 323	113 436	2 163	660 735	56 841	5 204	25 325	87 370	10
11 663	237 063	510 767	13 106	2 208 052	319 265	18 144	32 855	370 264	11
9 003	61 127	46 486	4 317	321 821	23 472	16 014	4 459	43 945	12
1 499 616	4 244 912	2 244 322	102 622	26 929 575	13 518 836	1 030 635	10 684 833	25 234 304	13
121 962	508 152	817 311	23 160	4 007 690	858 698	269 998	102 812	1 231 508	14
127	1 342 966	442	16	4 806 631	155	135	9 673 380	9 673 670	15
50 836	9 009	16 906	8	342 976	168 043	567 515	578 829	1 314 387	16
69	1 659	495	1	41 822	9 523	8 681	361	18 565	17
- 36	35 818	10 517	791	137 540	4 449	619	1 915	6 983	18
815	6 123	8 722	640	41 840	9	13	26	48	19
611 685	222 256	343 613	16 612	3 494 390	254 245	116 964	199 346	570 555	20
322 615	28 623	54 273	15 582	689 304	5 912	1 445	1 138	8 495	21
305	3 938	50 412	343	118 660	764	204	14 139	15 107	22
391 238	2 086 368	941 630	45 468	13 248 721	12 217 038	65 061	112 887	12 394 986	23
-	-	1	1	1	0	-	-	0	24
35	839	377	149	8 145	958	- 94	247	1 111	25

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,
3.4 Nach Steuerarten
1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
v o r d e r						
26	Landessteuern	21 255 130	749 213	2 136 392	5 398 892	2 027 350
27	Vermögensteuer	4 395 975	103 051	408 150	1 162 992	486 023
28	Erbschaftsteuer	1 889 511	46 970	119 971	484 746	122 181
29	Grunderwerbsteuer	2 238 051	131 991	244 715	278 928	248 348
30	Kraftfahrzeugsteuer	9 356 423	361 960	1 067 657	2 522 810	878 467
31	Rennwett- und Lotteriesteuer	1 746 344	64 089	175 430	499 049	147 913
32	Totalisatorsteuer	92 262	1 167	2 005	42 544	3 102
33	Andere Rennwettsteuer	21 163	129	2 018	10 831	2 504
34	Lotteriesteuer	1 590 838	62 793	171 407	430 754	137 551
35	Sportwettsteuer ¹⁾	42 081	-	-	14 921	4 756
36	Feuerschutzsteuer	365 509	12 612	41 288	73 042	40 062
37	Biersteuer	1 263 280	28 541	79 182	377 325	104 356
38	Sonstige	37	-	0	-	-
39	Gemeindesteuern	41 155 373	1 113 092	3 627 252	11 805 123	4 453 520
40	Grundsteuern	7 636 334	300 534	928 104	2 055 128	681 578
41	Gewerbesteuer (100 %)	31 986 595	774 185	2 582 001	9 080 480	3 650 203
42	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	1 532 444	38 373	117 147	669 515	121 739
43	Steuereinnahmen insgesamt	452 435 859	11 843 660	33 842 043	132 878 420	43 505 595
n a c h d e r						
44	EG-Anteile an Zöllen	5 180 930	x	x	x	x
45	EG-Anteile Umsatzsteuer	12 771 502	x	x	x	x
46	Steuereinnahmen des Bundes	210 584 132	x	x	x	x
47	Bundessteuern ²⁾	51 169 585	x	x	x	x
48	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	97 609 297	x	x	x	x
49	Umsatzsteuern ³⁾ (65 %)	59 468 982	x	x	x	x
50	Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 336 268	x	x	x	x
51	Steuereinnahmen der Länder	160 099 417	6 089 017	16 653 264	43 562 615	15 700 112
52	Landessteuern	21 255 130	749 213	2 136 392	5 398 892	2 027 350
53	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	97 609 297	3 462 917	9 137 190	26 958 367	10 229 310
54	Umsatzsteuern (35 %)	38 898 722	1 809 180	5 182 394	10 590 989	3 198 832
55	Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 336 268	67 707	197 288	614 367	244 620
56	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.	63 831 952	2 041 367	5 888 149	18 267 344	6 724 790
57	Gemeindesteuern	41 155 373	1 113 092	3 627 252	11 805 123	4 453 520
58	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	4 664 688	135 409	394 479	1 228 753	489 294
59	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer (15 %)	27 341 267	1 063 684	2 655 376	7 690 974	2 760 564
60	Steuereinnahmen insgesamt	452 467 933	x	x	x	x
Außerdem:						
61	Lastenausgleichsabgaben	679	304	55	- 35	23

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.
2) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.
3) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1986
und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
1 049 346	3 520 542	4 137 402	292 516	19 311 653	758 314	239 769	945 393	1 943 476	26
174 108	768 252	815 594	38 593	3 956 763	239 152	53 814	146 246	439 212	27
68 487	273 620	336 911	13 301	1 466 187	81 813	25 456	316 055	423 324	28
-	499 607	587 816	12 698	2 004 103	90 861	20 036	123 052	233 949	29
587 665	1 501 455	1 728 248	158 634	8 806 896	221 209	91 004	237 315	549 528	30
124 034	260 913	263 452	31 022	1 565 902	81 045	18 787	80 609	180 441	31
10	5 023	18 051	2	71 904	7 490	575	12 294	20 359	32
-	2 449	712	41	18 684	2 292	-	186	2 478	33
124 025	242 707	235 633	30 979	1 435 849	68 650	18 212	68 129	154 991	34
-	10 734	9 056	-	39 467	2 614	-	-	2 614	35
21 354	69 140	73 145	4 742	335 385	12 761	3 850	13 512	30 123	36
73 698	147 517	332 236	33 528	1 176 383	31 472	26 822	28 604	86 898	37
-	37	-	-	37	-	-	-	-	38
2 033 823	6 958 571	7 183 100	445 171	37 619 652	2 002 297	600 698	932 726	3 535 721	39
405 032	1 057 577	1 391 640	126 541	6 946 134	312 380	140 470	237 350	690 200	40
1 430 609	5 737 601	5 706 610	288 928	29 250 617	1 626 603	427 181	682 194	2 735 978	41
198 182	163 393	84 850	29 702	1 422 901	63 314	33 047	13 182	109 543	42
18 774 038	73 210 659	70 143 686	5 271 869	389 469 970	37 648 798	6 463 332	18 853 757	62 965 887	43

Steuerverteilung

x	x	x	x	x	x	x	x	x	44
x	x	x	x	x	x	x	x	x	45
x	x	x	x	x	x	x	x	x	46
x	x	x	x	x	x	x	x	x	47
x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
x	x	x	x	x	x	x	x	x	50
8 567 471	26 720 383	28 722 749	2 390 918	148 406 531	5 698 181	1 733 819	4 260 886	11 692 886	51
1 049 346	3 520 542	4 137 402	292 516	19 311 653	758 314	239 769	945 393	1 943 476	52
5 101 958	17 373 155	17 164 337	1 126 653	90 553 887	3 932 794	1 087 363	2 035 252	7 055 409	53
2 300 491	5 375 492	7 004 826	954 318	36 416 522	911 250	380 243	1 190 707	2 482 200	54
115 676	451 194	416 184	17 431	2 124 467	95 823	26 444	89 534	211 801	55
3 261 715	10 690 184	11 215 026	748 505	58 837 080	2 838 759	857 656	1 298 457	4 994 872	56
2 033 823	6 958 571	7 183 100	445 171	37 619 652	2 002 297	600 698	932 726	3 535 721	57
213 167	902 777	842 342	34 864	4 241 085	191 647	52 889	179 067	423 603	58
1 441 059	4 634 390	4 874 268	338 198	25 458 513	1 028 109	309 847	544 798	1 882 754	59
x	x	x	x	x	x	x	x	x	60
26	2	300	-	675	59	-	- 55	4	61

4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	442 588	30 522	102 343	56 212	33 598
2	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	7 193 746	270 012	825 761	1 998 916	647 980
3	Gewerbsteuer	31 986 595	774 185	2 582 001	9 080 480	3 650 203
4	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	4 664 688	135 409	394 479	1 228 753	489 294
5	Gewerbsteuer (netto)	27 321 907	638 776	2 187 522	7 851 727	3 160 909
6	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ...	27 341 267	1 063 684	2 655 376	7 690 974	2 760 564
7	Grunderwerbsteuer.....	913 272	12 825	42 292	506 264	28 609
8	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	619 172	25 548	74 855	163 251	93 130
9	Insgesamt ...	63 831 952	2 041 367	5 888 149	18 267 344	6 724 790
						Kreisfreie
10	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	17 326	507	2 518	5 117	1 327
11	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke) ...	2 767 603	89 843	277 651	1 092 887	315 139
12	Gewerbsteuer	14 036 492	241 664	1 006 890	5 085 353	1 942 935
13	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	1 786 104	38 388	129 070	636 876	218 349
14	Gewerbsteuer (netto)	12 250 388	203 276	877 820	4 448 477	1 724 586
15	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ...	8 658 795	259 625	667 868	3 650 041	767 258
16	Grunderwerbsteuer	356 218	694	9 254	247 888	7 366
17	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	178 102	4 460	24 686	75 521	43 949
18	Insgesamt ...	24 228 432	558 405	1 859 797	9 519 931	2 859 625

im Jahr 1986 nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

gesamt

32 025	45 881	137 281	2 661	440 523	1 453	468	144	2 065	1
373 007	1 011 696	1 254 359	123 880	6 505 611	310 927	140 002	237 206	688 135	2
1 430 609	5 737 601	5 706 610	288 928	29 250 617	1 626 603	427 181	682 194	2 735 978	3
213 167	902 777	842 342	34 864	4 241 085	191 647	52 889	179 067	423 603	4
1 217 442	4 834 824	4 864 268	254 064	25 009 532	1 434 956	374 292	503 127	2 312 375	5
1 441 059	4 634 390	4 874 268	338 198	25 458 513	1 028 109	309 847	544 798	1 882 754	6
145 957	71 015	62 907	16 688	886 557	-	26 715	-	26 715	7
52 225	92 378	21 943	13 014	536 344	63 314	6 332	13 182	82 828	8
3 261 715	10 690 184	11 215 026	748 505	58 837 080	2 838 759	857 656	1 298 457	4 994 872	9

Städte

2 247	2 031	3 579	-	x	x	x	x	x	10
149 551	276 947	565 585	-	x	x	x	x	x	11
714 100	1 852 964	3 192 586	-	x	x	x	x	x	12
96 568	260 421	406 432	-	x	x	x	x	x	13
617 532	1 592 543	2 786 154	-	x	x	x	x	x	14
450 618	999 427	1 863 958	-	x	x	x	x	x	15
50 186	15 735	25 095	-	x	x	x	x	x	16
11 361	10 875	7 250	-	x	x	x	x	x	17
1 281 495	2 897 558	5 251 621	-	x	x	x	x	x	18

**4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung
im Jahr 1986 nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern**

1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land ¹⁾
Kreisangehörige Gemeinden									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	421 623	30 015	99 825	51 095	32 271	29 778	43 850	132 128	2 661
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	3 737 954	180 169	548 110	906 029	332 841	223 457	734 747	688 721	123 880
Gewerbsteuer	15 213 901	532 521	1 575 111	3 995 127	1 707 268	716 509	3 884 636	2 513 801	288 928
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 454 981	97 021	265 410	591 877	270 945	116 598	642 356	435 910	34 864
Gewerbsteuer (netto) ..	12 758 920	435 500	1 309 701	3 403 250	1 436 323	599 911	3 242 280	2 077 891	254 064
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	16 799 717	804 059	1 987 506	4 040 933	1 993 306	990 442	3 634 963	3 010 310	338 198
Grunderwerbsteuer	3 518	-	419	-	13	-	-	3 086	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	319 632	19 878	45 830	76 676	42 394	31 867 ^{a)}	77 256	14 693	11 038
Insgesamt ...	34 041 364	1 469 621	3 991 391	8 477 983	3 837 148	1 875 455	7 733 096	5 926 829	729 841

Landkreise

Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	1 576	-	-	-	-	-	-	1 576	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	53	-	-	-	-	-	-	53	-
Gewerbsteuer	222	-	-	-	-	-	-	222	-
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbsteuer (netto) ..	222	-	-	-	-	-	-	222	-
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grunderwerbsteuer	526 818	12 131	32 618	258 376	21 230	95 771	55 279	34 725	16 688
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	38 611	1 210	4 339	11 054	6 787	8 996	4 249	-	1 976
Insgesamt ...	567 282	13 341	36 957	269 430	28 017	104 767	59 528	36 578	18 664

1) Bei Kreisangehörigen Gemeinden: Einschl. Landeshaupt-
stadt Saarbrücken; Landkreise: einschl. Stadtverband
Saarbrücken.

a) Einschl. 3 483 (000) DM der Verbandsgemeinden.

5 Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung
im Jahr 1986 nach Ländern bzw. Steuerarten
1 000 DM

Land Steuerart	Kreisangehörige Gemeinden		
	insgesamt	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000
		Einwohnern	
Schleswig-Holstein	1 469 621	794 784	674 837
Niedersachsen	3 991 391	2 816 922	1 174 469
Nordrhein-Westfalen	8 477 983	8 116 471	361 512
Hessen	3 837 148	2 801 635	1 035 513
Rheinland-Pfalz	1 875 455	542 632	1 332 823
Baden-Württemberg	7 733 096	4 961 676	2 771 420
Bayern	5 926 829	2 377 571	3 549 256
Saarland	729 841	680 853	48 988
Bundesgebiet ...	34 041 364	23 092 544	10 948 818
davon:			
Grundsteuer A	421 623	126 754	294 868
Grundsteuer B	3 737 954	2 491 823	1 246 130
Gewerbsteuer	15 213 901	11 174 289	4 039 612
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 454 981	1 769 734	685 246
Gemeindeanteil an der Lohn- und ver- anlagten Einkommensteuer	16 799 717	10 861 882	5 937 836
Übrige Gemeindesteuern	323 150	207 530	115 618

6 Ausgewählte Zeitreihen

6.1 Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote 1982 bis 1986

Jahr	Bruttosozial- produkt 1)	Steueraufkommen insgesamt 2)	
		Mrd. DM	in % des Brutto- sozialprodukts
1982	1 597,1	378,7	23,7
1983	1 679,3	396,5	23,6
1984	1 763,1	414,6	23,5
1985	1 847,0	437,1	23,7
1986	1 950,6	452,5	23,2

1) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis.

2) Ohne Lastenausgleichsabgaben.

6.2 Entwicklung ausgewählter Steuerarten in den einzelnen Vierteljahren 1986

%

Steuerart	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahresvierteljahr in %			
	1.	2.	3.	4.
	Vierteljahr			
Lohnsteuer	+ 0,7	+ 4,2	+ 4,2	+ 3,2
Veranlagte Einkommensteuer	+ 12,0	- 4,5	+ 2,9	+ 5,2
Kapitalertragsteuer	+ 29,5	+ 75,3	+ 12,7	+ 10,5
Körperschaftsteuer	+ 15,9	+ 2,2	- 7,7	- 2,1
Umsatzsteuer	+ 4,8	+ 15,0	+ 23,4	+ 14,7
Einfuhrumsatzsteuer	- 4,5	- 10,3	- 13,4	- 11,7
Gesellschaftsteuer	+ 0,8	+ 41,3	+ 36,0	- 10,1
Versicherungsteuer	+ 4,5	+ 2,2	+ 0,4	+ 10,3
Wechselsteuer	- 11,0	- 9,9	- 13,3	+ 0,1
Zölle	- 5,7	- 8,2	- 0,9	+ 2,2
Tabaksteuer	+ 0,2	- 2,1	+ 5,2	- 1,7
Kaffeesteuer	+ 20,1	- 2,4	+ 4,3	+ 9,8
Branntweinabgaben	+ 4,5	- 7,0	+ 0,4	- 4,5
Schaumweinsteuer	+ 3,3	- 6,5	+ 4,7	+ 4,5
Mineralölsteuer	+ 0,8	+ 10,8	+ 4,8	+ 1,9
Biersteuer	+ 1,0	+ 4,3	+ 3,3	- 5,7
Vermögensteuer	- 4,0	- 1,1	+ 1,3	+ 13,8
Erbschaftsteuer	+ 62,9	+ 20,0	+ 39,2	+ 22,8
Kraftfahrzeugsteuer	+ 6,5	+ 34,3	+ 41,0	+ 25,4
Rennwett- u. Lotteriesteuer	+ 13,7	+ 15,0	+ 7,8	+ 10,1
Feuerschutzsteuer	+ 4,6	+ 18,9	- 15,6	- 1,5
Grunderwerbsteuer 1)	+ 1,1	+ 4,6	+ 4,5	+ 2,6
Gewerbesteuer	+ 0,4	+ 4,9	+ 7,9	+ 2,8
Grundsteuer B	+ 3,1	+ 8,1	+ 0,4	+ 4,3

1) Staatliche und kommunale Anteile, siehe Textteil,
Pkt. 2.5.

6 Ausgewählte Zeitreihen

6.3 Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge 1977 bis 1986

Mrd. DM

Jahr	Arbeitnehmer- sparzulage (3. Vermögens- bildungsgesetz) ¹⁾	Arbeitnehmer- zulage (Berlinförderungs- gesetz)	Bergmanns- prämien	Erstattungen im Lohnsteuer- Jahres- ausgleich ²⁾
1977	3,10	1,75	0,11	5,87
1978	3,16	1,85	0,11	6,19
1979	3,10	1,90	0,11	6,05
1980	3,30	2,25	0,17	5,86
1981	3,37	2,35	0,23	6,90
1982	1,90	2,35	0,24	6,78
1983	1,90	2,35	0,22	6,43
1984	1,95	2,45	0,24	5,92
1985	2,05	2,60	0,23	5,79
1986	2,05	2,65	0,22	5,82

1) Hochrechnung des Bundesministeriums der Finanzen.

2) Soweit Angaben vorhanden.

6.4 Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG 1977 bis 1986

Jahr	Mrd. DM	Jahr	Mrd. DM
1977	5,13	1982	11,87
1978	6,04	1983	12,94
1979	6,86	1984	14,20
1980	8,12	1985	15,25
1981	10,39	1986	16,81

6.5 Investitionszulagen*) 1977 bis 1986

Mill. DM

Jahr	Aus dem Aufkommen an					
	veranlagter Einkommensteuer			Körperschaftsteuer		
	geleistet			geleistet		
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter	
		§ 4a	§ 4b		§ 4a	§ 4b
		InvZulG 1975			InvZulG 1975	
1977	2 011	5	1 649	2 858	48	2 093
1978	805	4	474	1 355	61	679
1979	447	2	66	1 018	67	296
1980	508	4	14	941	78	48
1981	614	11	5	1 224	94	- 4
1982	565	28	7	1 214	154	6
1983	1 366	13	839	1 797	219	508
1984	2 562	23	2 027	3 505	255	2 066
1985	1 514	15	986	2 587	207	1 166
1986	779	8	206	1 668	174	258

*) Gemäß Investitionszulagengesetz und § 19 Berlinförderungs-gesetz; ab Berichtsjahr 1975 einschl. Zulagen nach dem Investitionszulagengesetz 1975 (§ 4a: Zulagen

für bestimmte Investitionen im Bereich der Energieerzeugung und -verteilung, § 4b: Zulagen zur Konjunkturbelebung).

Fachserie 14:

Finanzen und Steuern

Reihe 1: Haushaltsansätze

Ab Berichtsjahr 1981 eingestellt (nur noch Kommentierung in „Wirtschaft und Statistik“).

Reihe 2: Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte

Der vierteljährliche Bericht gliedert die kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Arten und Körperschaftsgruppen. Darüber hinaus werden die Ausgaben für Baumaßnahmen nach ausgewählten Aufgabenbereichen aufgeschlüsselt; die kassenmäßigen Steuereinnahmen und der Schuldenstand der Gebietskörperschaften sind in gesonderten Übersichten dargestellt.

In dem Bericht für das 2., 3. und 4. Vierteljahr werden auch kumulierte Ergebnisse (Halbjahr, Dreivierteljahr, Jahr) veröffentlicht.

Reihe 3: Rechnungsergebnisse

In dieser Reihe erscheinen jährlich nach Aufgabenbereichen, Ausgabe-/Einnahmearten und Ländern gegliederte Berichte über die Rechnungsergebnisse

des öffentlichen Gesamthaushalts (3.1), der staatlichen Haushalte (3.2) (ab Berichtsjahr 1980 als Arbeitsunterlage direkt vom Statistischen Bundesamt erhältlich.) und der kommunalen Haushalte (3.3).

Daneben erfolgt für einzelne wichtige Aufgabenbereiche eine tiefere funktionale Aufgliederung der Jahresrechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte, und zwar für

Bildung, Wissenschaft und Kultur (3.4), Soziale Sicherung und Gesundheit, Sport, Erholung (3.5), Verkehr und Nachrichtenwesen (3.7), (ab Berichtsjahr 1980 eingestellt, zum Teil in Reihe 3.1 enthalten), Wirtschaftsförderung (3.8). (Berichtsjahr 1979 als Arbeitsunterlage direkt vom Statistischen Bundesamt erhältlich; weitere Berichterstattung eingestellt.)

Veröffentlichung von Ergebnissen der Hochschulfinanzstatistik siehe Fachserie 11, Reihe 4.5.

Reihe 4: Steuerhaushalt

Die vierteljährlichen Berichte (4. Vierteljahr mit Jahresergebnis) enthalten Angaben über die kassenmäßigen Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern und Steuerarten sowie über die Verteilung im Rahmen des Steuerverbundes. Zum Jahresergebnis werden ergänzend methodische Erläuterungen mit Hinweisen auf Zahlungsweise, Zahlungstermine und Tarife der ergiebigsten Steuern gebracht.

Reihe 4.S: Sonderbeiträge

Reihe 4.S.1: Kassenmäßige Steuereinnahmen 1967 bis 1976

Dieser Bericht enthält für die Jahre 1967 bis 1976 nach Ländern gegliederte Angaben über das jährliche Aufkommen an Einzelsteuern und deren Verteilung auf die Körperschaften Bund, (Europäische Gemeinschaften) Länder und Gemeinden/Gv. Für den gemeindlichen Bereich sind die Daten darüber hinaus nach kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden und Landkreisen unterteilt. In langen Reihen wird ein Überblick über die Einnahmeentwicklung seit 1950 gegeben.

Reihe 5: Schulden der öffentlichen Haushalte

In der jährlichen Veröffentlichung werden Angaben über den Stand der Schulden von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden und sonstigen juristischen Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit nach Arten und Fälligkeit sowie über Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen dieser Körperschaften gebracht. Außerdem werden die Schuldenaufnahmen und Tilgungen nachgewiesen.

Reihe 6: Personal des öffentlichen Dienstes

Für den Stichtag 30. Juni werden jährlich Angaben über den Personalstand von Bund, Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden, kommunalen Zweckverbänden, sowie der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost (unmittelbarer öffentlicher Dienst) u.a. nach dem Dienstverhältnis veröffentlicht. Ferner werden Daten über das Personal der Bundesanstalt für Arbeit, der Sozialversicherungsträger und der Träger der Zusatzversorgung (mittelbarer öffentlicher Dienst), der rechtlich selbständigen öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsunternehmen und der sonstigen juristischen Personen mit überwiegender öffentlicher Finanzierung nachgewiesen. Über die Empfänger von Versorgungsbezügen nach beamtenrechtlichen Vorschriften werden Eckzahlen dargestellt. In jedem dritten bzw. neunten Jahr enthält die Veröffentlichung zusätzliche Merkmalskombinationen, die nur in dieser Periodizität erhoben werden.

Reihe 7: Einkommen- und Vermögensteuer

In dreijährlicher Folge werden – unter Auswertung der steuerlichen Veranlagungsergebnisse – folgende Steuerstatistiken herausgegeben:

7.1 Einkommensteuer

Der Bericht gibt Aufschlüsse über die Höhe und Struktur der Einkünfte, die Besteuerung des erfaßten Einkommens sowie über Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen und Sondervergünstigungen der zur Einkommensteuer veranlagten natürlichen Personen. Ferner sind die Einkünfte aller Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in einer steuerlichen Einkommenspyramide dargestellt. Daneben werden aufgrund einheitlicher Gewinnfeststellung die Einkünfte und Sondervergünstigungen von Personengesellschaften/Gemeinschaften nachgewiesen.

7.2 Körperschaftsteuer

Die Veröffentlichung gibt einen Überblick über Höhe, Verteilung und Besteuerung des steuerlich erfaßten Einkommens der Körperschaften. Das Einkommen und die Steuerschuld der Körperschaftsteuerpflichtigen werden u.a. in der Gliederung nach Rechtsformen, Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte und im 6-jährigen Turnus nach Wirtschaftszweigen veröffentlicht.

7.3 Lohnsteuer

Die Angaben in dieser Veröffentlichung beziehen sich auf den Bruttolohn und die Lohnsteuer der veranlagten und nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen in der Gliederung nach Größenklassen des Bruttolohns und der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Steuerklassen und Geschlecht.

7.4 Vermögensteuer

Die Veröffentlichung (Erscheinungsfolge: 3jährlich) enthält Angaben über Zusammensetzung und Höhe des Vermögens der zur Vermögensteuer veranlagten Steuerpflichtigen. Die Schichtung des Vermögens wird für die natürlichen Personen u. a. in Verbindung mit ihrer Beteiligung am Erwerbsleben, und der Haushaltsgröße der Veranlagungsgemeinschaft dargestellt, für die nichtnatürlichen Personen in Verbindung mit Rechtsformen.

7.5 Einheitswerte

7.5.1 Einheitswerte der gewerblichen Betriebe: Der in 3jährlicher Folge erscheinende Bericht vermittelt einen Einblick in Umfang und Struktur des bewerteten Betriebsvermögens. Auf der Grundlage der Vermögensaufstellung zur Ermittlung des Einheitswerts des gewerblichen Betriebs oder des einem freien Beruf dienenden Vermögens wird der nach bewertungsrechtlicher Abgrenzung festgestellte Vermögens- und Kapitalaufbau in tiefer Gliederung nach Wirtschaftszweigen sowie nach Rechtsformen und Einheitswertgruppen nachgewiesen.

Reihe 8: Umsatzsteuer

Die zweijährlich erscheinende Veröffentlichung enthält Angaben über Steuerpflichtige, steuerbaren Umsatz und Umsatzsteuer in tiefer Gliederung nach Wirtschaftszweigen, z. T. kombiniert mit Umsatzgrößenklassen und Rechtsformen. Ferner werden u. a. Angaben über steuerfreie und steuerpflichtige Umsätze (nach Art der Steuersätze), über Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer und abziehbare Vorsteuer gemacht. Darüber hinaus erfolgt der Nachweis der Steuerpflichtigen, des Umsatzes und der Umsatzsteuer nach kreisfreien Städten und Landkreisen.

Reihe 9: Verbrauchsteuern

9.1 Tabaksteuer

9.1.1 Absatz von Tabakwaren und Zigarettenhüllen (vierteljährlich). Im Bericht für das 4. Vierteljahr wird auch das Jahresergebnis veröffentlicht.

9.1.2 Tabakgewerbe (jährlich). Mit einem Überblick über Herstellung, Einfuhr und Absatz von Tabakwaren.

9.2 Biersteuer

9.2.1 Absatz von Bier (monatlich). In den Berichten für September und Dezember wird auch das Ergebnis für das Braujahr (1. 10. – 30. 9.) bzw. Kalenderjahr veröffentlicht.

9.2.2 Brauwirtschaft (jährlich). Mit Angaben über Braustätten und ihre Erzeugung.

9.3 Mineralölsteuer

Der jährlich erscheinende Bericht bringt Nachweisungen über die versteuerten Mengen und die Verwendung von steuerbegünstigtem Mineralöl.

9.4 Branntweinmonopol

In jährlicher Folge werden Brennereien, Alkoholerzeugung und -absatz, Ein- und Ausfuhr von Branntwein und Branntweinerzeugnissen sowie Einnahmen aus dem Branntweinmonopol nachgewiesen.

9.5 Schaumweinsteuer

Der Jahresbericht enthält Angaben über die Schaumweinhersteller, ihren Absatz sowie über das Steuersoll.

9.6 Kleinere Verbrauchsteuern

Je ein Bericht wird jährlich über die Besteuerung von Salz und Zucker veröffentlicht.

Reihe 10: Realsteuern

10.1 Realsteuervergleich

Der jährliche Bericht umfaßt Angaben über Istaufkommen, Grundbeträge, gewogene Durchschnittsschätzungen und Hebesatzstreuung bei den einzelnen Realsteuern sowie über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die an Bund und Länder abgeführte Gewerbesteuerumlage. Außerdem werden Steuerkraftberechnungen für die einzelnen kreisfreien Städte, die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 Einwohnern und mehr und die nach Landkreisen zusammengefaßten kreisangehörigen Gemeinden veröffentlicht.



STATISTISCHES BUNDESAMT
GUSTAV-STRESEMANN-RING 11
6200 WIESBADEN 1

Veröffentlichungen und Prospekte sind durch den Verlag
W. Kohlhammer GmbH, Philipp-Reis-Straße 3, Postfach
421120, 6500 Mainz 42, Tel. (061 31) 59094/95, erhältlich.